

16

—
**Jahresbericht
KdK 2016**
—

**Rapport annuel
CdC 2016**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen

Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht KdK 2016
Rapport annuel CdC 2016

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Organisation.....	7
1.1 Plenarversammlung.....	7
1.2 Leitender Ausschuss	8
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	9
1.4 Sekretariat	9
2 Tätigkeit	11
2.1 Arbeitsschwerpunkte.....	11
2.1.1 Plenarversammlung.....	11
2.1.2 Leitender Ausschuss.....	16
2.1.3 Stellungnahmen.....	17
2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone	19
2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen.....	20
2.2 Weitere Themen	21
2.2.1 Allgemeines.....	21
2.2.2 Aussenpolitik.....	23
2.2.3 Innenpolitik.....	24
2.2.4 Mandate	27
3 Rechnung.....	29
Anhänge.....	59

Einleitung

In den Schwerpunktthemen konnte sich die KdK 2016 Gehör verschaffen und wichtige Fortschritte erzielen. So berücksichtigen beispielsweise die im Dezember 2016 von den eidgenössischen Räten gefassten Beschlüsse zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zentrale Forderungen der Kantonsregierungen. Die beschlossene Umsetzung ist FZA-kompatibel und beachtet das Bottom-up Prinzip im Grundsatz. Die Kantone haben im Vorfeld mit dem Mandat zur Vertiefung einer „Bottom up-Schutzklausel“ einen konstruktiven Beitrag zur Umsetzung von Artikel 121a BV geleistet und die Notwendigkeit eines föderalen und umsetzungstauglichen Zulassungssystems betont. Im Hinblick auf die nun folgende Umsetzung der Gesetzesbestimmungen erwarten die Kantone einen engen und privilegierten Miteinbezug, sowohl was die Verordnung betrifft als auch in Bezug auf praktische Fragen in der Umsetzung.

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) 2008 wurde der Föderalismus in der Schweiz neu belebt und gestärkt. Die verfolgte Zielsetzung einer möglichst weitgehenden Entflechtung der Aufgaben und deren Finanzierung gerät aber zunehmend unter Druck. Die KdK hat 2016 das bereits im Vorjahr lancierte Projekt zur Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen weitergeführt und konkretisiert. In einem gemeinsamen Positionsbezug bekräftigten die Kantonsregierungen, dass dem Trend in Richtung neuer Verflechtungen Einhalt geboten werden muss. Handlungsbedarf sehen die Kantone u.a. bei den Ergänzungsleistungen, bei der Pflege- und Spitalfinanzierung, bei der Prämienverbilligung, beim Regionalverkehr, bei der Berufsbildung und bei der Bahn- und Strasseninfrastruktur.

Auch beim Finanzausgleich haben die Erfahrungen mit der NFA gezeigt, dass das heutige System optimiert werden sollte. Unter der Leitung von alt Regierungsrat Franz Marty haben je drei Regierungsmitglieder von ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen Empfehlungen zur Optimierung des Finanzausgleichs erarbeitet. Diese befassen sich mit der Mindestausstattung der Kantone mit dem geringsten Ressourcenpotenzial, mit der Berücksichtigung der weiteren Entwicklung der Unterschiede zur Festlegung des Ausgleichsbedarfs und mit der Entpolitisierung der Debatten im eidgenössischen Parlament über die Ausstattung für den Ressourcenausgleich. Der Schlussbericht ist Ende Jahr bei den Kantonsregierungen in die Vernehmlassung gegangen.

Aufgrund der aktuell hohen Anzahl Asylgesuche und der hohen Schutzquote sind die Kosten im Integrationsbereich in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die KdK hat zusammen mit der EDK und der SODK Kostenschätzungen zur Integration von anerkannten Flüchtlingen, vorläufig aufgenommenen Personen und spät zugewanderten Jugendlichen vorgenommen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Kantone heute im Rahmen der Regelstrukturen, allen voran im Bildungsbereich, für jede vorläufig aufgenommene Person (VA) und jeden Flüchtling (FL) durchschnittlich mehr als doppelt so viel in die Integration investieren, als sie vom Bund über die Integrationspauschale erhalten. Für eine bedarfsgerechte und systematischere Integrationsförderung der VA/FL sind pro Person durchschnittlich Mittel in der Höhe von rund CHF 18'000.- erforderlich.

Wie Sie dem vorliegenden Jahresbericht entnehmen können, hat sich die KdK 2016 mit einer Vielzahl weiterer Themen befasst. Wir möchten gerne die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die sich 2016 für die Interessen der Kantone und die Stärkung des schweizerischen Föderalismus eingesetzt haben und wünschen Ihnen eine gute Lektüre.



Staatsrat Jean-Michel Cina
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser
LU	Regierungsrat Guido Graf
	Regierungsrat Paul Winiker
UR	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat André Rüeggsegger
	Regierungsrat Kurt Zibung
OW	Regierungsrat Niklaus Bleiker
	Regierungsrat Paul Federer
NW	Regierungsrat Othmar Filliger
	Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi
GL	Regierungsrat Andrea Bettiga
	Regierungsrat Benjamin Mühlemann
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsrat Erwin Jutzet
	Staatsrat Beat Vonlanthen
SO	Regierungsrätin Esther Gassler
	Regierungsrat Roland Heim
BS	Regierungspräsident Guy Morin
	Regierungsrat Christoph Brutschin

BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro
	Regierungsrat Isaac Reber
SH	Regierungspräsident Reto Dubach
	Regierungsrat Ernst Landolt
AR	Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl
AI	Landesfähnrich Martin Bürki
	Statthalter Antonia Fässler
	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungsrat Martin Jäger
	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
AG	Regierungsrat Roland Brogli
TG	Regierungsrätin Cornelia Komposch
	Regierungsrat Jakob Stark
TI	Staatsratspräsident Paolo Beltraminelli
	Staatsrat Norman Gobbi
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Staatsrat Jean-Michel Cina
NE	Staatsratspräsident Jean-Nathanaël Karakash
	Staatsrat Alain Ribaux
GE	Staatsratspräsident François Longchamp
JU	Staatsratspräsident Charles Juillard

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Neun Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen der Schweiz bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromanische Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
VS / CGSO	Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Vizepräsident
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
SZ / ZRK	Regierungsrat Kurt Zibung (bis Juni 2016)
UR / ZRK	Regierungsrätin Heidi Z'graggen (ab Juni 2016)
GL / ORK	Regierungsrat Andrea Bettiga
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
TI	Staatsrat Norman Gobbi
GE / CGSO	Staatsratspräsident François Longchamp
SO / NWRK	Regierungsrätin Esther Gassler

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 27 Personen tätig (19.9 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 20 Personen im Haus der Kantone in Bern, drei Mitarbeitende sind als Aussenstellen der KdK direkt in der Bundesverwaltung angesiedelt: in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie bei der Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel. Weitere vier Personen arbeiten an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn (Leiter Dienstleistungen, Stabsstellen Personal und Finanzen). Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2016

Geschäftsführung

- Sandra Maissen, Generalsekretärin
- Mariel Baumann, Persönliche Mitarbeiterin der Generalsekretärin

Personal

- Beatrice Müller, Leiterin

Finanzen

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäumler, Fachfrau Finanzen

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Daniel Arber, Bereichsleiter
- Pia Baumgartner, Mitarbeiterin Sekretariat KdK/HdK
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Daniel Bühler, Informatiker
- Aline Defuns, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK
- Manuela Furrer, Leiterin Sekretariat KdK/HdK
- Massimo Oberti, Übersetzer
- Praktikant/in Empfangssekretariat
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin

- Ursula Blumer, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Luca Gobbo, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Hanspeter Pfenninger, Koordinator Schengen/Dublin
- Dea Rolih, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Monika Tschumi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin der Informationsbeauftragten der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Beauftragte Kommunikation KdK, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Mariel Baumann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA
- Carolina Schärer, Wissenschaftliche Praktikantin
- Patrick Tschudin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dienstjubiläen

Nadine Eckert, 15 Jahre

Manuela Furrer, 20 Jahre

Roland Mayer, 20 Jahre

Christine Winkelmann, 10 Jahre

Pensionierung

Ursula Blumer, per 31.12.2016

02

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 11. März, 24. Juni, 30. September und 16. Dezember ordentliche Plenarversammlungen sowie am 15. April eine ausserordentliche Plenarversammlung statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (Ziff. 2.1.3), befasste sich die Plenarversammlung im Berichtsjahr mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Allgemeines

Umsetzung Art. 121a BV

Im Berichtsjahr befasste sich die Plenarversammlung der KdK erneut an sämtlichen Sitzungen mit Fragen im Zusammenhang mit den am 9. Februar 2014 durch die Annahme der entsprechenden Volksinitiative neu in der Verfassung verankerten Bestimmungen betreffend die Regelung der Zuwanderung.

Anlässlich der Plenarversammlung vom 11. März 2016 erläuterte Staatssekretär Mario Gattiker die vom Bundesrat am 4. März 2016 vorgelegten Gesetzesentwürfe zur Umsetzung von Art. 121a BV sowie den Beschluss des Bundesrates, das Protokoll zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Kroatien nun doch zu unterzeichnen. Weiter stellte der Vorsitzende der zuständigen VDK-Arbeitsgruppe das Tessiner Schutzklauselmodell sowie dessen Beurteilung durch die erwähnte Arbeitsgruppe vor, wonach dieses Modell Potenzial für eine gesamtschweizerische Lösung aufweise. Nach Diskussion beauftragte die Plenarversammlung das Sekretariat der KdK, die notwendigen Vertiefungen betreffend eine gesamtschweizerische "Bottom up-Schutzklausel" in Auftrag zu geben.

Anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung vom 15. April 2016 verabschiedete die Plenarversammlung nach Konsultation der Kantonsregierungen Stellungnahmen zu den vom Bundesrat am 4. März 2016 verabschiedeten Botschaften. Stellung bezogen die Kantonsregierungen dabei zur Botschaft zur Änderung des Ausländergesetzes (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen), zur Botschaft zur Ausdehnung des FZA

auf Kroatien sowie zur Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts (Verlängerung von Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen). Ferner validierte die Plenarversammlung das Konzept zur Vertiefung der Frage einer "Bottom up-Schutzklausel".

Am 24. Juni 2016 befasste sich die Plenarversammlung der KdK mit den Ergebnissen der Studie zur "Bottom up-Schutzklausel". Sie erachtete die Ergebnisse der Studie als wichtigen Beitrag zur Lösungssuche in den damals noch laufenden Gesprächen mit der EU. Die Plenarversammlung hielt zudem fest, dass innenpolitisch der Bottom up-Ansatz dem föderalistischen Staatsaufbau und dem Subsidiaritätsprinzip am meisten Rechnung trägt. Die Plenarversammlung zeigte sich schliesslich bereit, weitere Massnahmen auf gesamtschweizerischer Ebene zu prüfen, sofern der durch die Massnahmen verursachte administrative Aufwand und die damit erzielte Wirkung auf die Zuwanderung in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Massnahmen im Bereich der Sozialversicherungen / Sozialhilfe dürften nicht zu einer blossen Lastenverschiebung führen und seien an das Aufenthaltsrecht zu koppeln.

Am 30. September 2016 diskutierte die Plenarversammlung die vom Nationalrat am 21. September 2016 gefassten Beschlüsse zur Umsetzung von Art. 121a BV und legte die Position fest, welche die Vertreter der KdK in der nachfolgenden Anhörung vor der zuständigen Kommission des Ständerats vertreten sollten.

Schliesslich nahm die Plenarversammlung der KdK am 16. Dezember 2016 Kenntnis von den Beschlüssen des Parlaments vom gleichen Tag. Sie stellte fest, dass das Ziel einer FZA-kompatiblen Umsetzung von Art. 121a BV grundsätzlich erreicht werden konnte. Was das Bottom up-Prinzip betrifft, wurde dies nach Ansicht der Plenarversammlung vom Parlament berücksichtigt; als störend empfunden wurde aber die Einführung des Begriffs von "Wirtschaftsregionen". Was den bürokratischen Aufwand und dessen Verhältnis zur erhofften Wirkung betrifft, blieb der Eindruck zwiespältig. Es wurde deshalb beschlossen, vom Bundesrat einen umfassenden und privilegierten Einbezug der Kantone in die weiteren Umsetzungsarbeiten zu fordern.

Gerichtliche Überprüfung föderaler Streitigkeiten

Im Rahmen der Plenarversammlung der KdK hatten die Kantonsregierungen im Juni 2014 den ersten mehrjährigen Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013 verabschiedet. Der Bericht enthält eine Reihe von konkreten Massnahmen zur Stärkung des Föderalismus. Unter anderem kommt der Bericht zum Schluss, dass sich der Föderalismus in seiner Substanz nur erhalten lässt, wenn die Einhaltung der bundesstaatlichen föderalistischen Grundsätze justiziabel ist. In der Folge diskutierten die zuständigen Gremien der KdK das weitere Vorgehen zur Umsetzung dieser Massnahme und beschlossen, ein Gutachten einzuholen, in dem aufgezeigt wird, wie der Rechtsschutz in föderalen Streitigkeiten gestärkt werden kann.

In der Berichtsperiode wurde das erwähnte Mandat vergeben und das Gutachten erstellt. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass die Einhaltung der föderalistischen Grundsätze nicht an den materiellen Bestimmungen der Bundesverfassung krankt, die in wesentlichen Teilen justiziabel sind. Haupthindernis ist hingegen das Anwendungsgebot von Bundesgesetzen (Art. 190 BV). Dieses schliesst aber eine Kontrolle durch das Bundesgericht nicht gänzlich aus.

Die Plenarversammlung der KdK hat sich an ihrer Sitzung vom 30. September 2016 damit einverstanden erklärt, vorderhand auf eine Änderung der Verfassung oder der gesetzlichen Grundlagen zu verzichten. Stattdessen soll bei Gelegenheit ein Anwendungsfall mit staatsrechtlicher Klage vor Bundesgericht gebracht werden. An ihrer Sitzung vom 16. Dezember 2016 nahm die Plenarversammlung Kenntnis von einem mittlerweile erarbeiteten Katalog von Kriterien, welche zur Prüfung der Eignung eines Anwendungsfalls herangezogen werden könnten.

Föderalismusmonitoring 2015

Seit 2005 führt das Sekretariat jedes Jahr im Auftrag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit ein Föderalismusmonitoring durch, um aufzuzeigen, wie sich der Föderalismus in der Schweiz entwickelt. Die Erhebung 2015 bestätigte die Zentralisierungstendenzen bei mehreren Themen, auch wenn der Bund im letzten Jahr die grundlegenden föderalistischen Prinzipien insgesamt beachtet hat. Obwohl sich die Zusammenarbeit mit den eidgenössischen Räten verbessert hat, stammt der grösste Zentralisierungsdruck weiterhin aus dem Parlament. Die Kantone sind gegenüber den mit der EU geführten Verhandlungen über das Personenfreizügigkeitsabkommen kritisch eingestellt. Der Bund hat ihr Beteiligungsrecht nicht respektiert. An den Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit der EU sind die Kantone jedoch beteiligt. Sie nehmen an den internen Vorbereitungsarbeiten des Bundes und dem Meinungsaustausch mit der EU teil.

Kommunikation KdK

Im Berichtsjahr erschienen insgesamt sechs Newsletter: Je einer im Anschluss an die vier ordentlichen Plenarversammlungen, einer im Anschluss an die ausserordentliche Plenarversammlung sowie eine Sonderausgabe im Anschluss an die Medienkonferenz zur Bottom-up-Schutzklausel. Die wichtigsten behandelten Themen waren die Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen, die Revision des Ausländergesetzes, die Umsetzung des Verfassungsartikels 121a und der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen.

Am 3. Juni organisierte die KdK erstmals ein Treffen für die neu gewählten Regierungsmitglieder, um sie unter anderem über die Funktionsweise der KdK und ihre prioritären Themen zu informieren. Weiter wurde im Berichtsjahr der KdK-Flyer überarbeitet und in neuem Design herausgegeben.

Aussenpolitik

Europapolitik: Koordination und institutionelle Fragen

Die Plenarversammlung wurde im Berichtsjahr laufend über die Entwicklungen informiert. Sie nahm dabei insbesondere zur Kenntnis, dass es ab Mitte August 2016 zu einem eigentlichen Stillstand in den Gesprächen mit der EU gekommen ist, da abgewartet wurde, wie das Parlament Art. 121a BV umsetzen wird.

Innenpolitik

Überprüfung Aufgabenteilung Bund – Kantone

Wenige Jahre nach der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde die Diskussion um die Aufgabenteilung neu angestossen: Im Auftrag des Parlaments präsentierte der Bundesrat im Jahr 2014 einen Bericht über die Einhaltung der Grundsätze der NFA, namentlich der Prinzipien der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz. Weiter hat das Parlament 2015 eine Motion angenommen, die den Bundesrat auffordert, sämtliche Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen systematisch zu analysieren. Gleichzeitig verlangten auch die Kantonsregierungen – etwa in ihrer Stellungnahme zum Wirksamkeitsbericht 2012–2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen oder im Rahmen des Föderalismusmonitorings – eine konsequente Weiterführung der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung.

Vor diesem Hintergrund hat die KdK bereits im Vorjahr das Projekt "Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen" lanciert und umfangreiche Grundlagenarbeiten in die Wege geleitet. Ein erster Meilenstein konnte im Berichtsjahr erreicht werden: Nach Konsultation der Kantonsregierungen und der Direktorenkonferenzen hat die Plenarversammlung der KdK am 24. Juni einstimmig einen entsprechenden gemeinsamen Positionsbezug verabschiedet. Die Kantonsregierungen bekräftigten darin, dass dem Trend in Richtung neuer Verflechtungen Einhalt geboten werden muss. Mit einer klaren Aufgabenzuweisung nach den verfassungsmässigen Grundsätzen der NFA wird der Handlungsspielraum für beide Staatsebenen erhöht. Handlungsbedarf sehen die Kantone diesbezüglich u.a. in den Bereichen Soziales (z.B. Ergänzungsleistungen), Gesundheit (z.B. Pflege- und Spitalfinanzierung), Bildung (z.B. Berufsbildung, Sportförderung) und Verkehr (z.B. Finanzierung der Bahn- und Strasseninfrastruktur).

Parallel zu dieser ersten Positionierung der Kantonsregierungen hat die Bundesverwaltung auf der Grundlage der Arbeiten der Kantone einen Berichtsentwurf zur Beantwortung der Motion «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» (13.3363) erstellt. Dieser soll im Folgejahr mit den Kantonsregierungen und Direktorenkonferenzen diskutiert werden. Im Berichtsjahr fanden weiter Gespräche zwischen Bund und Kantonen auf technischer und politischer Ebene statt, wie die Aufgabenentflechtung in ausgewählten Politikbereichen gezielt und gemeinsam vorangetrieben werden könnte.

Optimierung Finanzausgleich Bund – Kantone

Die politische Arbeitsgruppe der Kantone setzte 2016 ihre im Vorjahr begonnene Arbeit fort, um den von der Plenarversammlung am 25. September 2015 erteilten Auftrag zu erfüllen. Die von alt Regierungsrat Franz Marty, einem Spezialisten in den Bereichen öffentliche Finanzen und Finanzausgleich, geleitete Arbeitsgruppe setzt sich aus je drei Regierungsmitgliedern von ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen zusammen und tagte im Berichtsjahr fünfmal. Auf der Basis der von der politischen Arbeitsgruppe festgelegten Ziele und der verschiedenen geprüften Varianten zu deren Erreichung wurden drei Berichte erstellt.

Der Bericht vom 3. März enthielt eine Lösung für die Optimierung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen auf der Grundlage der Entwicklung der gemäss dem Ressourcenpotenzial der Kantone gemessenen Unterschiede der finanziellen Kapazitäten. Dieser Bericht wurde den Kantonsregierungen zur Vernehmlassung unterbreitet. Gestützt auf die Antworten der Kantone beauftragte die Plenarversammlung vom 24. Juni die politische Arbeitsgruppe, ihre Abklärungen zu vertiefen und einen Zusatzbericht auszuarbeiten, der auf die Rückmeldungen der Kantonsregierungen eingeht.

Der Entwurf des Zusatzberichts vom 30. September entspricht dem Zusatzauftrag der Plenarversammlung und wurde der FDK unterbreitet. Diese bat ihre Mitglieder, ihre Bemerkungen und Kommentare direkt an die politische Arbeitsgruppe zu richten. Am 19. November verabschiedete die politische Arbeitsgruppe die im Schlussbericht präsentierte Lösung unter Berücksichtigung der Antworten der Kantone.

Im Schlussbericht vom 15. Dezember wurde schliesslich die Lösung für eine Optimierung des Finanzausgleichs vorgestellt. Diese politische Lösung gliedert sich rund um sieben Empfehlungen für eine Mindestausstattung der Kantone mit dem geringsten Ressourcenpotenzial, für die Berücksichtigung der weiteren Entwicklung der Unterschiede zur Festlegung des Ausgleichsbedarfs und für eine Entpolitisierung der Debatten im eidgenössischen Parlament über die Ausstattung für den Ressourcenausgleich.

Stabilisierungsprogramm 2017–2019

Ende November 2015 schickte der Bundesrat das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 in die Vernehmlassung. Mit diesem Programm wollte der Bundesrat die Voraussetzungen schaffen, um in der Legislatur 2016–2019 die Bedingungen der Schuldenbremse einzuhalten. Gestützt auf eine Konsultation der Kantonsregierungen und der Direktorenkonferenzen verabschiedete die KdK an der Plenarversammlung vom 11. März 2016 eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone (vgl. Ziff. 2.1.3). Am 25. Mai 2016 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum Stabilisierungsprogramm. Dieses sah für die Jahre 2017–2019 jährliche Einsparungen von rund 800–1'000 Millionen Franken vor.

Der Bundesrat wie auch die eidgenössischen Räte im Rahmen der parlamentarischen Beratungen haben wichtige von den Kantonen in der Vernehmlassung geäusserte Forderungen berücksichtigt. Das Parlament konnte seine Beratungen jedoch nicht wie ursprünglich geplant bis Ende 2016 abschliessen. Die letzten Differenzen zwischen den beiden Räten wurden in der Frühjahrsession 2017 ausgeräumt. Abgesehen von den Kürzungen im Bereich der Integration, konnten die Interessen der Kantone im grossen Ganzen erfolgreich gewahrt werden.

Unternehmenssteurreform (USR) III

Das eidgenössische Parlament setzte seine Arbeit 2016 fort und brachte die USR III in der Sommersession unter Dach und Fach. Da dieses Thema in die Zuständigkeit der FDK fiel, nahm diese an den Anhörungen der parlamentarischen Kommissionen teil und präsentierte die Haltung der Kantone im Rahmen der Differenzvereinigung. Die Entscheidungen des Parlaments entsprachen im Grossen und Ganzen der Stellungnahme der Kantonsregierungen vom 19. Dezember 2014 zum Vernehmlassungsentwurf. Die wichtigsten Unterschiede betrafen die Massnahmen zur Einführung einer zinsbereinigten Gewinnsteuer und die zusätzlichen Abzüge für Forschungs- und Entwicklungsausgaben.

Gegen die Reform wurde das Referendum ergriffen. Mit Blick auf die Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 verabschiedete die Plenarversammlung am 16. Dezember eine Stellungnahme der Kantone zur USR III. Die Kantonsregierungen bestätigten die Unterstützung der KdK für die USR III. Diese vom Volk abgelehnte Reform hätte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten und wäre für Wirtschaft und Forschung entscheidend gewesen. Nach der Ablehnung der Reform wird nun zügig ein neuer Entwurf erarbeitet. Die KdK wird diese Arbeit genau verfolgen.

Milchkuh Initiative

Die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuh-Initiative) forderte, künftig sämtliche Erträge aus der Mineralölsteuer für den Strassenverkehr zu verwenden. Sie wurde am 5. Juni 2016 von 70,8 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen deutlich abgelehnt. Aus kantonaler Sicht wäre eine Annahme der Milchkuh-Initiative mit erheblichen negativen finanz- und verkehrspolitischen Auswirkungen verbunden gewesen. Deshalb engagierten sich die Kantonsregierungen nach entsprechenden Beschlüssen der Plenarversammlung vom 18. Dezember 2015 im Rahmen einer Behördeninformation gegen die Initiative: Am 22. März 2016 fand eine gemeinsame Medienkonferenz Bund – Kantone mit Bundesrat Ueli Maurer und KdK-Vizepräsident Regierungsrat Hans-Jürg Käser statt. Am 11. April 2016 legten die Präsidenten der KdK, der FDK, der EDK und der BPUK an einer kantonalen Medienkonferenz die Argumente der Kantone gegen die Initiative dar. Anfang April wurde den Kantonsregierungen zudem Informationsmaterial für die Behördeninformation auf kantonaler Ebene zur Verfügung gestellt.

Integration

Verabschiedung des Rahmendokuments für die Programmvereinbarung Bund – Kantone 2018–2021

Ende 2011 haben der Bundesrat und die Plenarversammlung ein Rahmendokument für die Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen in Sachen Integration verabschiedet. Dieses sieht vor, dass die Kantone alle Bereiche der spezifischen Integrationsförderung in einem kantonalen Integrationsprogramm (KIP) zusammenfassen. Anschliessend erarbeitete jeder Kanton sein eigenes KIP und schloss mit dem Bund eine Rahmenvereinbarung für die Umsetzung in den Jahren 2014–2017 ab. Die Umsetzung der ersten Programmphase läuft noch bis Ende 2017.

Gleichzeitig erarbeiteten das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die KdK auf der Grundlage der Ergebnisse der bei den Kantonen durchgeführten Konsultationen ein Rahmendokument für den nächsten Zeitraum 2018–2021. Die strategischen Ziele wurden näher ausgeführt, und die wichtigsten Änderungen betreffen insbesondere die Finanzierung. Die Plenarversammlung verabschiedete das Dokument an ihrer Sitzung vom 16. Dezember. Der Bundesrat erteilte seine Zustimmung zum Rahmendokument im Januar 2017.

Kosten für die Integration von VA/FL in den Kantonen

Die Schweiz hat in jüngster Zeit zahlreiche sehr junge Flüchtlinge aufgenommen, deren Ausbildung und beruflichen Qualifikationen nicht den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen. Die Unterbringung, Betreuung und vor allem Integration dieser Menschen haben zu einer Kostenexplosion in den Kantonen und Gemeinden geführt. Um die Zusatzkosten abzuschätzen, führten die KdK, die EDK und die SODK zwischen Juli und November 2016 eine Kostenerhebung und Bedarfsabklärung durch. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Integration der vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlinge (VA/FL), die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen (MNA) sowie die migrationsbedingten Kosten im Bildungswesen gelegt.

Im November diskutierten die Generalsekretärinnen von KdK und SODK sowie der Generalsekretär der EDK über Massnahmen, um die Kantone von den Mehrkosten zu entlasten. Die Kantone verlangen eine stärkere Finanzierung der Kosten für VA/FL durch den Bund, eine deutliche Erhöhung der Integrationspauschalen von 6'000 auf 18'000 Franken, höhere Investitionen in die Ausbildung zur Entwicklung von Übergangsangeboten, eine substantielle Erhöhung der Tagespauschale von heute 50 Franken sowie dringliche Massnahmen aufgrund der Bedürfnisse vor Ort. An der Sitzung vom 16. Dezember nahm die Plenarversammlung Kenntnis vom Stand der Arbeiten und beauftragte das Sekretariat der KdK, ein Schreiben an den Bundesrat vorzubereiten und diesen um ein Treffen zu bitten.

Fachkräfteinitiative plus

Im Juni 2015 haben der Bund und die Kantone eine Vereinbarung (FKI plus) für eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und die Mobilisierung des ungenutzten Potenzials geschlossen, um der Forderung nach einer besseren Akzeptanz der Zuwanderung nachzukommen. Dabei wurden vier Prioritäten festgelegt: (1) Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen, (2) Weiterführung der Erwerbstätigkeit von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, (3) generelle Arbeitsmarktmassnahmen zur Nachwuchssicherung und zum Personalerhalt sowie (4) Erhöhung der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen.

Am 31. Mai lancierten die KdK und das SECO (WBF) die Website www.fachkraefte-schweiz.ch. Diese enthält eine Datenbank mit zahlreichen Aktionen von Bund, Kantonen und Unternehmen für die Ausschöpfung des inländischen

Arbeitskräftepotenzials. Die Rückmeldungen zur Gestaltung, zum Inhalt und zur Interaktivität der Website fielen positiv aus.

Am 12. September fand in Bern das nationale Spitzentreffen Fachkräfte Schweiz statt. In Anwesenheit von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann unterhielten sich Vertreter des Bundes, der Kantone und der Sozialpartner über verschiedene Themen und insbesondere über die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. KdK-Präsident Jean-Michel Cina betonte, dass die Kantone bei der Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials bereits sehr aktiv seien.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 5. Februar, 20. Mai, 26. August und 11. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit folgenden Geschäften:

Schwerpunkteplanung KdK

Die Schwerpunkteplanung der KdK wurde 2015 neu eingeführt. Im Vordergrund stehen die folgenden strategischen Ausrichtungen: (1) Fokussieren, (2) Bekenntnis zur KdK festigen, (3) Wirkung erzielen. Im Zusammenhang mit dem Fokussieren stehen die Priorisierung der einzelnen Geschäfte und die Ausarbeitung einer Geschäftsplanung im Vordergrund. Im Berichtsjahr hat sich gezeigt, dass sich die Einführung einer Geschäftsplanung bewährt hat. Die Schwerpunktsetzung bei den A-Geschäften ist gelungen und hat auch die Wirkung wahrnehmbar erhöht. Im Hinblick auf das kommende Jahr hat der Leitende Ausschuss an seiner Sitzung vom 11. November die Geschäftsplanung 2017 verabschiedet. Um das Bekenntnis zur KdK zu festigen, wurde unter anderem ein halbtägiger Anlass für neugewählte kantonale Regierungsmitglieder im Haus der Kantone in Bern durchgeführt. Dieser ist auf grosses Interesse gestossen und soll im kommenden Jahr wiederholt werden.

Reorganisation Begleitorganisation Schengen/Dublin

Am 13. November 2015 beschloss der Leitende Ausschuss, das Sekretariat der KdK zu beauftragen, Organisation und Finanzen der Begleitorganisation Schengen/Dublin (BOSD) einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen und Vorschläge zur künftigen Form und zum Umfang der kantonalen Mitwirkung beim Rechtssetzungsprozess der EU zu Schengen/Dublin zu unterbreiten.

Im ersten Halbjahr 2016 hat das Sekretariat der KdK diese Überprüfung durchgeführt. Einbezogen in die Überprüfung wurden die operationelle Ebene der BOSD auf Expertenstufe, das Bundesamt für Justiz als zuständige Stelle des Bundes sowie das Generalsekretariat der KKJPD. Die Ergebnisse der Überprüfung wurden am 27. Juni 2016 zunächst dem Vorstand der KKJPD und am 26. August 2016 dem Leitenden Ausschuss der KdK unterbreitet.

Alle in der Überprüfung konsultierten Kreise waren sich darin einig, dass eine Fortsetzung der Beteiligung von kantonalen Experten am Rechtssetzungsprozess der EU in Brüssel an der Seite des Bundes anzustreben ist. Gestützt auf die Ergebnisse der Überprüfung und die ihm unterbreiteten Vorschläge hat der Leitende Ausschuss der KdK am 26. August 2016 folgende Schlussfolgerungen verabschiedet:

- Hauptzielsetzung für die Neuausrichtung der BOSD sollte die Stärkung der politischen Beteiligung der Kantone an Schengen/Dublin sein. Diese könnte über ein Referentensystem mit 3 bis 5 Mitgliedern aus dem Vorstand der KKJPD erreicht werden.
- Anstelle der bestehenden Arbeitsgruppen sollte ein Expertenpool geschaffen und ein engerer Einbezug der thematisch direkt interessierten kantonalen Fachkonferenzen und Vereinigungen angestrebt werden.
- Ausbildung und Einsatz von kantonalen Evaluationsexperten sollten explizit unterstützt werden.

Anlässlich seiner Sitzung vom 11. November 2016 wählte der Leitende Ausschuss die folgenden von der KKJPD nominierten Personen für die politische Vertretung der Kantone an Treffen der EU Justiz- und Innenminister:

- Regierungsrat Hans-Jürg Käser (BE), Präsident KKJPD;
- Regierungsrat Beat Villiger (ZG), Vizepräsident KKJPD;
- Regierungsrätin Jacqueline Fehr (ZH);
- Regierungsrat Fredy Fässler (SG);
- Staatsrat Pierre Maudet (GE).

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewährt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Stellungnahme zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 11. März 2016 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019. Grundsätzlich waren die Kantone mit dem Stabilisierungsprogramm einverstanden. Das Sparpaket des Bundes dürfe jedoch nicht zu Lastenverschiebungen auf die Kantone führen. Die Kantone verfügen über keinerlei Spielraum mehr, um vom Bund abgewälzte Kosten zu tragen. Aus diesem Grund lehnten die Kantone verschiedene Sparmassnahmen dezidiert ab, namentlich in den Bereichen Ergänzungsleistungen AHV/IV, individuelle Prämienverbilligung, Migration und Integration, Bildung, Forschung und Innovation sowie Landwirtschaft. Die Kantone waren der Auffassung, dass der Bund angesichts seines äusserst positiven Abschlusses 2015 den Umfang der Sparmassnahmen nochmals prüfen muss.

Stellungnahme zur Revision des Ausländergesetzes (Verfahrensnormen und Informationssysteme)

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 30. September 2016 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur Revision des Ausländergesetzes (Verfahrensnormen und Informationssysteme). Die Vorlage enthielt u.a. eine neue Bestimmung zur Qualitätssicherung in der Integration. Die Kantone lehnten diese Bestimmung ab: Sie ist unnötig und führt zu Mehraufwand sowie zu Mehrkosten für Bund, Kantone und Gemeinden. Nationale Qualitätskriterien nehmen zudem keine Rücksicht auf die Gegebenheiten vor Ort; sie sind unflexibel und hemmen den Wettbewerb sowie die Innovation. Die spezifische Integrationsförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen, die seit 2014 im Rahmen kantonaler Integrationsprogramme (KIP) umgesetzt wird. Die langfristige Qualitätssicherung wird durch die Überprüfung der in den KIP festgehaltenen Leistungs- oder Wirkungszielen gewährleistet.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Stellungnahme zur Botschaft zur Änderung des Ausländergesetzes (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserung bei den Freizügigkeitsabkommen)

Anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung vom 15. April 2016 haben die Kantone zu den verschiedenen Botschaften des Bundesrates vom 4. März 2016 zur Umsetzung von Art. 121a BV Stellung genommen. Was die Botschaft zur Änderung des Ausländergesetzes betrifft, haben die Kantone die vom Bundesrat vorgeschlagene einseitige quantitative Schutzklausel aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Im Wesentlichen kritisierten die Kantone den zentralistischen Ansatz der Vorlage, die mangelnde Vollzugstauglichkeit sowie die Tatsache, dass eine einseitige Schutzklausel für EU/EFTA-Bürger eine ernsthafte Gefährdung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) und somit des bilateralen Wegs mit der EU darstellt. Schliesslich bezweifelten die Kantone, dass der Bund im Bereich des Anspruchs auf Sozialhilfe über die notwendigen verfassungsrechtlichen Grundlagen verfügt, um die angestrebten Verbesserungen im Vollzug des FZA bundesrechtlich zu verankern.

Stellungnahme zur Botschaft zur Ausdehnung des FZA auf Kroatien

Hingegen begrüßten die Kantone an der gleichen ausserordentlichen Plenarversammlung vom 15. April 2016 die Unterzeichnung des 2013 ausgehandelten Protokolls zur Ausdehnung des FZA auf Kroatien. Es gab aus ihrer Sicht keine Gründe, welche gegen eine Ratifikation sprechen würden.

Stellungnahme zur Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts (Verlängerung von Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen)

Anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK vom 15. April 2016 hielten die Kantone schliesslich grundsätzlich fest, dass sowohl die Arbeitsmarktaufsicht als auch der Vollzug der flankierenden Massnahmen funktioniert. Systematische Missstände sind nicht vorhanden, was durch die jährlichen Berichte des Bundes bestätigt wird. Um den Vollzug weiter zu optimieren, unterstützten die Kantone grundsätzlich das vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahmenpaket.

Stellungnahme zur Zusatzbotschaft zur Änderung des Ausländergesetzes (Integration)

2013 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament einen Entwurf zur Änderung des Ausländergesetzes (AuG) bezüglich der Integration. Im Anschluss an die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 legte er eine Zusatzbotschaft zur Änderung des AuG vor. Die Kantone nahmen an der ausserordentlichen Plenarversammlung vom 15. April Stellung zu dieser Zusatzbotschaft. Bezüglich der Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials begrüßen die Kantone die Absicht des Bundesrates, die administrativen Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt für vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge abzubauen. Sie weisen jedoch darauf hin, dass diese Hindernisse nicht allein für die Integrationsschwierigkeiten von Menschen aus dem Asylbereich verantwortlich sind. Weitere individuelle Faktoren wie ungenügende Sprachkenntnisse und mangelnde berufliche Qualifikationen erfordern eine grosse Unterstützung der Kantone für die Eingliederung dieser Menschen in den Arbeitsmarkt. Im Übrigen zeigt die Erfahrung, dass die vom Bund bezahlte einmalige Integrationspauschale ungenügend ist. Angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Integration verlangen die Kantone eine deutliche Erhöhung der Integrationspauschalen.

Stellungnahmen zu Anhörungen weiterer Institutionen

Stellungnahme zur Fortsetzung der tripartiten Zusammenarbeit ab 2017 (inkl. Vereinbarung und Arbeitsprogramm)

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) unterbreitete ihren Trägern (Bundesrat, KdK, Schweizerischer Städteverband SSV und Schweizerischer Gemeindeverband SGV) Grundlagen für die Fortsetzung der tripartiten Zusammenarbeit ab 2017 unter Einbezug der ländlichen Räume. Konkret war die KdK eingeladen, zu den Entwürfen der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Kantonen sowie den Städten und Gemeinden über die Tripartite Konferenz (TK) sowie einem Arbeitsprogramm 2017–2021 Stellung zu nehmen. Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 30. September 2016 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine Stellungnahme, in der diese Entwürfe grundsätzlich Zustimmung fanden. Mit ihrer neuen Ausrichtung wird die TK den vielfältigen Verflechtungen zwischen den urbanen und ländlichen Räumen gerecht und unterstützt so eine kohärente Raumentwicklung. Die Kantone erwarten jedoch, dass die Aufgabenteilung zwischen den drei Staatsebenen weiterhin respektiert wird und inhaltliche Überschneidungen mit bestehenden Plattformen und Institutionen vermieden werden. Die Hauptaufgabe der künftigen TK muss darin bestehen, einen offenen Dialog zu raumwirksamen Themen zu führen, welche Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam betreffen.

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalistischen Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden. Im Berichtsjahr fanden am 11. März und am 11. November Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden unter anderem folgende Themen diskutiert: Beziehungen Schweiz – EU (Umsetzung Art. 121a BV und Bottom up-Schutzklausel, Koordination und institutionelle Fragen, Flankierende Massnahmen), Mobilisierung inländisches Arbeitskräftepotenzial und Vereinbarung „Fachkräfteinitiative plus“, Stabilisierungsprogramm des Bundes 2017–2019, Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Ausländer- und Integrationspolitik, Föderalismusmonitoring (Erhebung 2015) sowie fünfte Nationale Föderalismuskonferenz 2017.

Europadialog

Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen ist für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung, da die Kantone von zahlreichen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in ihren Zuständigkeiten direkt betroffen oder auf Grund ihrer Vollzugsaufgaben mitbetroffen sind. Die Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes legen die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Bund und Kantonen, die Informations- und Konsultationsrechte sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone fest. Um diese Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und zu optimieren, haben der Bund und die Kantone ein permanentes Leitorgan zum Informationsaustausch eingerichtet und dessen Modalitäten mittels einer Vereinbarung geregelt.

Im Berichtsjahr trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone am 4. und am 23. Februar, am 11. April, am 6. Juni, am 5. Juli, am 24. August, am 16. September sowie am 9. Dezember. Im Vordergrund der Gespräche stand dabei wie im letzten Jahr das weitere Vorgehen nach der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014. Zudem wurden folgende Themen diskutiert: Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen Schweiz – EU sowie Brexit und seine Folgen für die Schweiz.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet. Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2016 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Geldspielgesetz, Waldgesetzrevision, Unternehmenssteuerreform III, Stabilisierungsprogramm des Bundes 2017–2019, Umsetzung von Art. 121a BV sowie verschiedene gesundheitspolitische Themen (Änderung KVG zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit, parlamentarische Initiativen zur „Wiederherstellung des Tariffriedens“, alternative Steuerungs- und Finanzierungsmodelle im Bereich KVG).

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren. In der Berichtsperiode fanden am 5. Februar und am 2. September Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden unter anderem folgende Themen behandelt: Europapolitik (Umsetzung Art. 121a BV und Bottom up-Schutzklausel), Stabilisierungsprogramm des Bundes 2017–2019, Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und

Kantonen, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Praxis der Kantone betreffend Einreichung von Standesinitiativen sowie Föderalismusmonitoring (Erhebung 2015).

Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind. Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahm eine Delegation der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
16.2.2016	LPK-N	Legislaturplanung des Bundes 2015–2019
12.5.2016	APK-S	Botschaft zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien (Protokoll III)
13.5.2016	LPK-S	Legislaturplanung des Bundes 2015–2019
27.5.2016	SPK-N	Botschaft zur Änderung des AuG. Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen
10.10.2016	SPK-S	Botschaft zur Änderung des AuG. Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Präsidiumsklausur KdK – Direktorenkonferenzen

Seit 2010 finden auf Einladung der KdK regelmässig politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Die Präsidiumsklausur vom 28./29. Januar bot einerseits die Gelegenheit zum gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Konferenzen in Politikbereichen von gemeinsamem Interesse. Andererseits diskutierten die Teilnehmenden die beiden gemeinsamen Schwerpunktthemen Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sowie Europapolitik und Zuwanderung. Ausserdem wurden konkrete Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen und weitere spezifische Themen behandelt (u.a. Durchsetzungsinitiative, Legislaturplanung des Bundes 2015–2019, Stabilisierungsprogramm des Bundes 2017–2019, Behördeninformation zur Milchkuh-Initiative sowie neue Geschäftsdatenbank).

An der Präsidiumsitzung vom 5. September wurden die Schwerpunktthemen Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, Europapolitik und Zuwanderung, Kosten für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen sowie für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen sowie weitere Themen diskutiert.

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo): Fachkoordination / Weiteres

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, koordiniert die Bearbeitung der Bundesgeschäfte unter den Direktorenkonferenzen und fördert die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter ihren Mitgliedern. Im Berichtsjahr trat die KoSeKo viermal zusammen. Die Sitzungen dienten dazu, bei den Vorlagen des Bundes die federführende Konferenz und die interessierten Konferenzen zu

bestimmen. Des Weiteren diskutierte die KoSeKo über die 2016 zur Volksabstimmung gebrachten Themen und kommentierte den Entwurf der Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 sowie die Strategie «Digitale Schweiz» des Bundes.

Die KoSeKo war an der Entwicklung der Informatiklösung für das Monitoring der Bundesgeschäfte (Mokka) beteiligt und wurde regelmässig über den Stand des Projekts informiert. Ausserdem wurden Treffen mit Vertretern der Konferenzen organisiert, um über das weitere Vorgehen zu diskutieren. Diese Informatiklösung wird 2017 verfügbar sein.

Der Präsident wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt und kann nicht wiedergewählt werden. Da die Amtszeit von Roger Bisig Ende 2016 abgelaufen ist, wurde Alexander Krethlow, Generalsekretär der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF), zum neuen Präsidenten gewählt.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 28. April und 24. November mit der Generalsekretärin der KdK zum gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch.



2.2 Weitere Themen

2.2.1 Allgemeines

Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone (Mokka)

Die neue Lösung zur Bearbeitung von Bundesgeschäften wird die Konferenzen und Kantone unterstützen, ihre Interessen gegenüber dem Bund zu wahren. Sie soll die Zusammenarbeit unter den Konferenzen und Kantonen erleichtern, Informationsflüsse verbessern, die Fachkoordination im Haus der Kantone sicherstellen und Daten für das Föderalismusmonitoring aufbereiten. Automatische Schnittstellen zu Curia Vista und zu den Vernehmlassungen des Bundes sparen Zeit in der Bearbeitung.

Das Kernteam nahm seine Arbeit nach Vorarbeiten des Kantons Luzern im August 2015 auf, spezifizierte die Anforderungen gemeinsam mit Aussenbeziehungsdelegierten der Kantone und Mitarbeitenden der Direktorenkonferenzen im Haus der Kantone und setzte sie im Berichtsjahr mit einem externen Partner um. Im Projektverlauf stiessen weitere sieben Kantone hinzu. Die Lösung wird im ersten Betriebsjahr von allen Direktorenkonferenzen, 21 Kantonen und drei Regionalkonferenzen aktiv genutzt werden.

Nach einer Schulungs- und Testphase Ende 2016 / Anfang 2017 wird die Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone (Mokka) im zweiten Quartal 2017 in Betrieb gehen.

Nationale Föderalismuskonferenz 2017

Im Frühling 2015 übertrug die KdK dem Kanton Waadt die Organisation der fünften Nationalen Föderalismuskonferenz. Diese findet am 26. und 27. Oktober 2017 in Montreux statt. Träger der Konferenz sind der Bundesrat, der Ständerat, der Kanton Waadt und die KdK. Im Herbst 2015 nahm die Projektleitung des Kantons Waadt die Vorbereitungsarbeiten in Angriff. Am 16. Dezember 2016 konnte die Plenarversammlung der KdK vom organisatorischen und inhaltlichen Konzept der Konferenz Kenntnis nehmen. Im Zentrum steht die Fragestellung "Ist die Schweiz in 50 Jahren noch föderalistisch?". Erwartet werden rund 300 Teilnehmende aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Forum of Federations

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit dem Forum of Federations (FoF) weitergeführt. Die KdK unterstützte die thematischen Arbeiten des FoF finanziell. Am 22. September fand im Haus der Kantone auf Anregung des FoF ein Rundtischgespräch mit Wissenschaftlern und Praktikern zum Thema "Dezentralisierung / Zentralisierung" statt: Prof. Paolo Dardanelli von der Universität Kent und Dr. Sean Müller von der Universität Bern haben ihr Forschungsprojekt zu Zentralisierungs- und Dezentralisierungstendenzen in Föderalstaaten, vor allem die Fallstudie zur Schweiz, präsentiert.

Empfang von Delegationen

Die KdK empfängt jedes Jahr Delegationen aus dem In- und Ausland, die sich für Föderalismus, das politische System der Schweiz und den Finanzausgleich interessieren. Im Berichtsjahr besuchten folgende Delegationen die Konferenz der Kantonsregierungen resp. das Haus der Kantone:

Datum	Delegation / Land
23.02.2016	Delegation des "Youth Generation will change Ukraine"-Programms
29.02.2016	Besuch des offiziellen Sprachbeauftragten von Kanada
08.03.2016	Verwaltungsmitarbeitende des Kantons Neuenburg
14.03.2016	Delegation aus Myanmar
15.03.2016	Besuch von Prof. José Magone aus Berlin
22.03.2016	Verwaltungsmitarbeitende des Kantons Fribourg
11.05.2016	Studienreise des "Frontier Counties Development Council" aus Kenia
12.05.2016	Studienreise des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
17.05.2016	Äthiopische Delegation
01.06.2016	Delegation aus Somalia
22.06.2016	Treffen mit M. Darawshe aus Israel
22.06.2016	Besuchsdelegation aus Kambodscha
07.07.2016	Kubanische Delegation
12.07.2016	Landeshauptmann Schützenhöfer und Delegation aus Österreich
12.09.2016	SP-Fraktion des Zürcher Kantonsrats
22.11.2016	Ukrainische Delegation
14.12.2016	Äthiopische Delegation

Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2015 wurde der Plenarversammlung vom 16. Dezember vorgelegt und anschliessend an alle Direktorenkonferenzen übermittelt.

2.2.2 Aussenpolitik

Europapolitik

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort.

Schliesslich nahmen Vertreter des Sekretariats der KdK auch an den im Berichtsjahr durchgeführten Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen teil.

EFTA (inkl. Regionalforum)

Die Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen sowie auf die Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA.

Gestützt auf eine entsprechende Empfehlung des bisherigen Beobachters der Kantone im EFTA Regionalforum beschloss der Leitende Ausschuss der KdK an seiner Sitzung vom 26. August 2016, diese Teilnahme als Beobachter auf politischer Stufe weiterzuführen.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen. Besonders verfolgt wurden hier die Diskussionen über ein allfälliges neues plurilaterales Abkommen im Dienstleistungsbereich (Trade in Services Agreement TISA).

Begleitorganisation Schengen/Dublin

Wie in den vergangenen Jahren nahmen sowohl politische Vertreter als auch Experten der interkantonalen Begleitorganisation Schengen/Dublin der KdK an der Seite des Bundes an Sitzungen der Gemischten Ausschüsse und Arbeitsgruppen der EU zu Schengen/Dublin teil. Beherrscht wurde die Diskussion nach wie vor von der schweren Migrationswelle und verschiedenen Terroranschlägen, welche seit 2015 über Europa hinweg rollten.

Schengen/Dublin: Datenschutz

Die Arbeitsgruppe Datenschutz der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Ausarbeitung des Datenschutzpaketes der EU. Vertreter der Arbeitsgruppe nahmen an zahlreichen Sitzungen in Brüssel teil, insbesondere zur schengenrelevanten Richtlinie. Nach erfolgter Verabschiedung dieses Gesetzespaketes durch die EU und Eröffnung der Vernehmlassung durch den Bund betreffend Anpassungen der Schweizer Datenschutzgesetzgebung an diese Entwicklungen stellte die Arbeitsgruppe einen Bericht zuhanden der zuständigen Stellen in den Kantonen fertig, in welchem der Handlungsbedarf für die Kantone im Rahmen dieser Anpassung aufgezeigt wird.

KGRE: Gesamterneuerung der kantonalen Delegation 2016–2020

Im Berichtsjahr konnte die Gesamterneuerung der kantonalen Delegation im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) erfolgreich abgeschlossen und die entsprechenden Nominationen dem Bund zuhänden des Europarats übermittelt werden.

Korruptionsbekämpfung

Im Berichtsjahr gelangte das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO erneut mit der Aufforderung an die Kantone, im Rahmen des anstehenden Länderexamens der Phase 4 der OECD-Konvention zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr Bericht zu erstatten.

Der entsprechende Fragebogen wurde den Kantonsregierungen seitens des Sekretariats der KdK in der Folge zugestellt. Frist für die Rückmeldungen war der 17. Februar 2017.

Menschenrechtsfragen

Im Berichtsjahr koordinierte das Sekretariat der KdK eine fachtechnische Konsultation bei den Direktorenkonferenzen im Hinblick auf die Erstellung eines Entwurfs des Berichts der Schweiz im Rahmen der nächsten universellen Überprüfung der Menschenrechtslage in der Schweiz (UPR).

Weiterverfolgt wurden zusammen mit dem Bund auch die Bemühungen, eine bessere Koordination der Staatenberichtsverfahren im Bereich der Menschenrechte zu erreichen.

Am 29. Juni 2016 hat der Bundesrat beschlossen, eine nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) zu errichten. Er beauftragte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) sowie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), bis Ende Juni 2017 eine Vernehmlassungsvorlage zu unterbreiten. Im Rahmen der diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten wurde das Sekretariat der KdK vom EJPD informell zu einem Normkonzept zur Schaffung einer NMRI konsultiert. Das Sekretariat der KdK hat diesem Normkonzept generell zugestimmt, da die wesentlichen Anliegen der Kantone darin berücksichtigt werden.

2.2.3 Innenpolitik

Legislaturplanung des Bundes 2015–2019

Die Kantonsregierungen wirken jeweils über die KdK an den Legislaturplanungen des Bundes mit. Die KdK hatte bereits im Vorjahr zu den strategischen Vorgaben des Bundesrates für diese Legislatur Stellung genommen und ihre Erwartungen zu den prioritären (gesetzgeberischen) Stossrichtungen und Massnahmen dargelegt. Im Frühjahr verabschiedet der Bundesrat die Botschaft über die Legislaturplanung 2015–2019 und beantragte der Bundesversammlung, diese mit einem einfachen Bundesbeschluss zu genehmigen. Die Legislaturplanung umfasst nebst den Perspektiven 2030 und der Lageanalyse hauptsächlich 3 politische Leitlinien, 16 ihnen zugeordnete Ziele und zu jedem Ziel die geplanten Erlasse und andere Massnahmen – 60 Vorhaben insgesamt. Sie weist mit dem Legislaturfinanzplan zudem den Finanzbedarf für die Legislaturperiode aus.

Die vorberatenden Spezialkommissionen von National- und Ständerat hörten am 16. Februar bzw. am 13. Mai eine Delegation der KdK an. Die parlamentarische Beratung verlief aus föderalistischer Sicht positiv. In der Einigungskonferenz konnte sich der Ständerat durchsetzen, der am Standpunkt der Kantone Interesse zeigte und mit seinen Beschlüssen verschiedene kantonale Anliegen berücksichtigt hatte.

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Gestützt auf den Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe Bund – Kantone vom 13. Februar 2012 zur besseren Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone sind der Bundesrat und die KdK bestrebt, die seinerzeit definierten Empfehlungen zu konkretisieren und deren Umsetzung zu gewährleisten. Die im Bericht erwähnten Empfehlungen an den Bund wurden in der Revision des Vernehmlassungsrechts weitgehend berücksichtigt. Die neuen Bestimmungen im

Bundesgesetz und in der Bundesverordnung über das Vernehmlassungsverfahren sind am 1. April 2016 in Kraft getreten und stärken die Stellung der Kantone im Vernehmlassungsverfahren.

Im Zuge der Revision des Vernehmlassungsrechts hat der Bundesrat zudem einen neuen Art. 15a in der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung erlassen, der die Bundesverwaltung dazu verpflichtet, die Kantone bereits bei der Erarbeitung des Vernehmlassungsentwurfs zu Vollzugsfragen beizuziehen, wenn wesentliche Interessen der Kantone betroffen sind.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz hat die KdK das Arbeitsdokument "Koordinierte Umsetzung von Bundesrecht" erarbeitet, von dem die Plenarversammlung der KdK wie auch der Bundesrat im Rahmen des Föderalistischen Dialogs Bund – Kantone am 11. März 2016 zustimmend Kenntnis nahmen. Damit soll erreicht werden, dass sich die seitens des Bundes und der Kantone für ein Rechtsetzungsvorhaben federführenden Instanzen über Fragen der Umsetzung (z.B. Datum der Inkraftsetzung, Auslegungsfragen, Vollzugsinstrumente) frühzeitig absprechen.

Interkantonales Streitbeilegungsverfahren (IVK)

Der Kanton St. Gallen hat im Berichtsjahr bei der KdK ein Streitbeilegungsgesuch in Sachen Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) eingereicht. Das Verfahren ist in der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich vom 24. Juni 2005 (IRV) geregelt. Zwischen den Kantonen Schwyz und St. Gallen war umstritten, wer für die Kosten der sozialen Einrichtung einer jungen Frau zuständig ist. Am 13. Dezember 2016 hat die mündliche Verhandlung vor der IVK stattgefunden und es konnte ein Vergleich zwischen den Parteien geschlossen werden. Dieser wird als grosser Erfolg für das Streitbeilegungsverfahren und den Föderalismus gewertet. Er zeigt, dass der Wille der Kantone für eine funktionierende Zusammenarbeit vorhanden ist und sie sich zu den von ihnen eingegangenen interkantonalen Vereinbarungen bekennen.

Raumkonzept Schweiz

Nach dem erfolgreichen Genehmigungsprozess auf allen Staatsebenen wurde das Raumkonzept Schweiz (RKCH) Ende 2012 publiziert. Das RKCH postuliert Folgearbeiten, welche die drei staatlichen Ebenen gemeinsamen angehen sollen. Zudem soll nach fünf Jahren der Stand der Konkretisierung und der Anpassungsbedarf des RKCH geprüft werden. Deshalb wurde zur Beobachtung der weiteren Entwicklung und der Berichterstattung eine tripartite Kerngruppe eingesetzt, die sich aus Vertretungen der Geschäftsstellen der Trägerorganisationen zusammensetzt. Die Federführung liegt beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE). Die tripartite Kerngruppe traf sich 2016 zu zwei Sitzungen. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag auf der konzeptionellen und inhaltlichen Vorbereitung der für 2017 vorgesehenen ausführlichen Berichterstattung zum Raumkonzept Schweiz.

E-Government Schweiz

Mit der weiterentwickelten E-Government-Strategie Schweiz und der überarbeiteten öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit haben Bund, Kantone und die Kommunalverbände ihre gemeinsamen Anstrengungen in diesem Bereich auf neue Grundlagen gestellt. Ab Anfang 2016 konzentrieren sich die nationalen Anstrengungen auf wenige, strategisch bedeutsame Projekte und Aufgaben, welche der Bund und die Kantone paritätisch finanzieren. Neu wird auch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz paritätisch finanziert.

Der tripartit zusammengesetzte Steuerungsausschuss E-Government Schweiz genehmigte im Januar 2016 einen ersten Schwerpunktplan 2017-2019. Der Fokus der Massnahmen lag auf dem Aufbau von Basisinfrastrukturen für die verstärkte Ausbreitung von E-Government in der Schweiz. Im Oktober 2016 nahm der Steuerungsausschuss vom Umsetzungsstand der E-Government-Strategie Kenntnis und verabschiedete den Schwerpunktplan 2017–2019. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf Vote électronique. Ausserdem wird die Koordination und das Wissensmanagement in rechtlichen Fragen im E-Government verstärkt gefördert.

Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung

Am 4. Juli 2016 veröffentlichte der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) den Bericht "Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung". Die Erarbeitung dieses Berichts erfolgte im Auftrag der Kerngruppe Sicherheit des Bundes und wurde von einer Fachgruppe begleitet, in der auch die KdK vertreten war. Am 26. August 2016 würdigte

der Leitende Ausschuss der KdK den Bericht als gute Auslegeordnung. Der empfohlene integrale Ansatz zur Vernetzung der Präventionsakteure geht in die richtige Richtung. Die Empfehlungen zur Integration bestätigen die bisherigen Anstrengungen der Kantone im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme (KIP). Am 8. September 2016 entschied der SVS, auf der Grundlage des Berichts bis Ende 2017 einen Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus zu erarbeiten. Für allfällige Massnahmen im Bereich der Integration wird die Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) beigezogen.

Konkordat Erdbebenversicherung

Ende Januar 2016 gelangte der Präsident der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) mit der Bitte an die KdK, bei den Kantonen eine Umfrage zur Frage eines möglichen Konkordats zwecks Einführung einer obligatorischen Erdbebenversicherung durchzuführen.

Die Plenarversammlung der KdK nahm am 24. Juni 2016 die Ergebnisse der Umfrage zur Kenntnis. Eine Mehrheit der Kantone befürwortete die Realisierung einer obligatorischen Erdbebenversicherung. Zudem sprach sich eine Mehrheit der Kantone grundsätzlich dafür aus, eine solche obligatorische Erdbebenversicherung im Rahmen eines Konkordats einzuführen.

In der Folge informierte die KdK sowohl den Präsidenten der UREK-S als auch die materiell federführende Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) über das Ergebnis dieser Umfrage.

Gegen Ende des Berichtsjahrs beschloss die RK MZF daraufhin, die Frage der Realisierung eines solchen Konkordats vertieft zu prüfen und setzte eine entsprechende Arbeitsgruppe ein. Das Sekretariat der KdK beteiligt sich an den Arbeiten dieser Arbeitsgruppe.

Studiengruppe Dienstpflichtsysteme

Im Frühling 2014 setzte der Vorsteher des VBS die Studiengruppe Dienstpflichtsystem ein. Für die Kantone haben Vertretungen der im Sicherheitsverbund Schweiz vertretenen Regierungs- und Fachkonferenzen mitgewirkt, so auch die KdK. Im Frühling 2016 schloss die Studiengruppe ihre Arbeiten ab und legte eine Gesamtsicht des Dienstpflichtsystems vor. Die Studiengruppe sieht grundsätzlich keinen dringenden Bedarf, das Dienstpflichtsystem grundlegend zu verändern. Zur Optimierung des bestehenden Systems empfiehlt die Studiengruppe u.a., dass das VBS Anreize zur attraktiveren Gestaltung des Militärdienstes und den vermehrten Einsatz von Dienstpflichtigen in der Prävention von Naturgefahren prüft. Für die langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems empfiehlt die Studiengruppe eine Orientierung am Norwegischen Modell. Mit seiner konsequenten Ausrichtung auf den Bedarf und den Einbezug der Frauen wo nötig, erscheint dieses Modell sicherheitspolitisch, staatspolitisch, gesellschaftspolitisch wie auch bezüglich Wirtschaftlichkeit als realistische Option. Der Bundesrat hat die Empfehlungen den zuständigen Departementen zur vertieften Prüfung zugewiesen.

Bericht Demografiestrategie des Bundes

Der Bundesrat verabschiedete am 9. Dezember 2016 den Bericht «Demografischer Wandel in der Schweiz: Handlungsfelder auf Bundesebene» (Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter «Synthese zur Demografiestrategie»). Zuvor hatte die Bundeskanzlei eine informelle Konsultation zum Berichtsentwurf bei der KdK, dem SSV und dem SGV durchgeführt. Auf Grundlage einer Kurzkonsultation bei den betroffenen Direktorenkonferenzen gab das KdK-Sekretariat mit Schreiben vom 3. Oktober 2016 eine Rückmeldung auf technischer Ebene.

Aus kantonaler Sicht bietet der Bericht einen guten Überblick über die vielfältigen Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Folgen der demografischen Entwicklung werden die öffentlichen Haushalte aller Staatsebenen in naher Zukunft erheblich belasten. Aufgrund der dynamischen Kostenentwicklung im Gesundheits- und Pflegebereich sowie des anhaltenden Ausgabendrucks im Bildungsbereich wird dies die Kantone und Gemeinden stärker betreffen als der Bund. Das KdK-Sekretariat kritisiert in seiner Stellungnahme, dass dieser Aspekt im Berichtsentwurf noch zu wenig Beachtung gefunden hat. Die Einschätzung des Berichts, wonach keine umfassende nationale Demografiestrategie erforderlich ist, teilt das KdK-Sekretariat.

2.2.4 Mandate

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der TAK-Träger, führt die KdK die Geschäftsstelle der TAK. Die entsprechenden Arbeiten umfassten einerseits die Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 1. Juli und 18. November sowie der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 27. April und 21. September. Andererseits stellte die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TAK-Projekte sicher. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und übernahm die Koordination mit externen Mandatsträgern. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

Fortsetzung der tripartiten Zusammenarbeit ab 2017

Ein bedeutender Arbeitsschwerpunkt war die Vorbereitung der Grundlagen für die Fortsetzung der tripartiten Zusammenarbeit ab 2017 unter Einbezug der ländlichen Räume und der Berggebiete. Die TAK hatte sich in ihrer Vereinbarung u.a. zum Ziel gesetzt, aufzuzeigen, wie die ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit einbezogen werden können. Ein entsprechendes Projekt wurde in das TAK-Arbeitsprogramm 2012–2015 aufgenommen. Es folgten umfangreiche tripartite Projektarbeiten, eine Konsultation bei den TAK-Trägern und weiteren interessierten Kreisen zum Schlussbericht der dafür eingesetzten tripartiten Projektleitung. Ende 2015 konnte an einem politischen Treffen zwischen der Bundeskanzlerin, den Präsidien der KdK, des SSV und des SGV unter der Leitung des TAK-Präsidenten eine Einigung über die künftige institutionelle Ausgestaltung und Stossrichtung der Konferenz erzielt werden. Nach weiterführenden Arbeiten auf technischer Ebene und einem weiteren Konsultationsprozess bei den TAK-Trägern verabschiedete die TAK vom 18. November 2016 die definitiven Grundlagen zuhanden der Genehmigung und Unterzeichnung durch ihre Träger. Die "Vereinbarung zwischen dem Bund, den Kantonen sowie den Städten und Gemeinden über die Tripartite Konferenz (TK)" ist am 1. Januar 2017 in Kraft getreten und ersetzt die TAK-Vereinbarung vom 30. Dezember 2011.

Übersicht über die in den Agglomerationen aktuell gelebte Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in den Agglomerationen hat sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt. Damit Entscheidungsträger und Praktiker auf den verschiedenen Ebenen von den dabei gemachten Erfahrungen profitieren können, beschloss die TAK, eine Bestandesaufnahme darüber zu machen. Mit der Studie des Büros Ecoplan „Zusammenarbeit in Agglomerationen: Bestandesaufnahme und Perspektiven“ liegt ein umfassender Überblick über die aktuelle Zusammenarbeit in den Agglomerationen vor. Basierend darauf konnte die TAK vom 1. Juli eine Zwischenbilanz zum Stand der Zusammenarbeit in Agglomerationen ziehen. Sie verabschiedete eine politische Würdigung der Studie mit Empfehlungen an den Bund, die Kantone, die Städte und Gemeinden. Am 30. November veranstaltete die TAK eine an das interessierte Fachpublikum gerichtete Informationsveranstaltung zur Studie, die auch eine gute Gelegenheit zum Austausch über die Thematik bot.

Ausländer- und Integrationspolitik

Der Schwerpunkt im Bereich der Ausländer- und Integrationspolitik lag weiterhin beim TAK-Integrationsdialog, der insgesamt drei Schienen verfolgt:

In der ersten Dialogschiene „Arbeiten: Chancen geben, Chancen nutzen“ konnten die Dialogpartner am 3. November 2016 eine positive Gesamtbilanz ziehen. Die Mehrheit der Ziele des Dialogs wurde erreicht. Die Dialogpartner zeigten sich auch erfreut über die deutlich intensivere Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Akteuren und sind sich einig, dass die Zusammenarbeit insbesondere auch auf kommunaler und regionaler Ebene fortgesetzt resp. noch weiter verstärkt werden muss. Die TAK vom 18. November 2016 empfahl ihren Trägern, die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus dem Dialog "Arbeiten" bei der Konzeption und Umsetzung von Integrationsprogrammen und -massnahmen zu berücksichtigen.

In der zweiten Dialogschiene „Aufwachsen: gesund ins Leben starten“ sind die Arbeiten ebenfalls weit fortgeschritten. Im Berichtsjahr ging es in erster Linie darum, die bisherigen Überlegungen auf nationaler Ebene auf die kantonale und kommunale Ebene herunter zu brechen. Dazu dient beispielsweise eine Handreichung für die kommunalen und kantonalen Integrationsdelegierten, damit sie Akteure im Gesundheits- und Sozialbereich sensibilisieren können. An der

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) vom 17. November 2016 wurde zudem den kantonalen und kommunalen Integrationsdelegierten aufgezeigt, wie sie die Erkenntnisse aus dem Dialog "Aufwachsen" in die zweite Generation der kantonalen Integrationsprogramme (KIP) einbauen können. Darüber hinaus liefen Vorbereitungsarbeiten für eine Abschluss- und Bilanztagung, die am 4. Mai 2017 stattfinden und welche gemeinsam mit dem "Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz" organisiert wird.

Die dritte Dialogschiene „Zusammenleben: Mitdenken – mitreden – mitgestalten“ wurde am 8. September 2016 im Rahmen einer Medienkonferenz lanciert. Vorgestellt wurden die Förderprogramme «contact-citoyenneté» und «Dialogue en Route». Mit dieser Dialogschiene will die TAK die Bedeutung der Freiwilligenarbeit vor Ort betonen und aufzeigen, dass Integration mehr bedeutet als eine Landessprache zu sprechen und einen Job zu haben.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt im Bereich Ausländer- und Integrationspolitik war die Vorbereitung der dritten nationalen Integrationskonferenz, die am 19. Juni 2017 in Bern stattfinden wird. Diese Konferenz dient der Bilanzierung der Arbeiten in allen drei Dialogschienen sowie der politischen Standortbestimmung und Weichenstellung für die künftigen Arbeiten.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Seit 2006 führt das Sekretariat der KdK im Mandatsverhältnis die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen, regionalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID). Die Geschäftsstelle organisierte im Berichtsjahr zwei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandsretraite, wobei jeweils auch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung zu ihren Aufgaben zählte. Zusätzlich nahm die Geschäftsstelle an 12 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen gefördert werden konnte. Zudem nahm die Geschäftsstelle an verschiedenen Tagungen und Treffen von Partnerorganisationen der KID teil.

Im Fokus der Diskussionen standen im Berichtsjahr die Themen Arbeitsmarktintegration, Prävention der Radikalisierung, das freiwillige Engagement im Integrationsbereich und die Vorbereitungsarbeiten für die zweite Generation der kantonalen Integrationsprogramme (2018–2021). Ebenfalls wichtig war die Erhebung der KdK, SODK und EDK zu den Integrationskosten: Die Integrationsdelegierten haben hier sowohl bei der Umfrage wie auch bei der Auswertung wichtige fachliche Unterstützung geleistet. Darüber hinaus befasste sich die KID mit der Thematik Migration und Gesundheit und richtete dazu ein Schreiben an das BAG sowie mit dem neuen Bürgerrechtsgesetz, das am 1. Januar 2018 in Kraft treten wird.

03

3 Rechnung

Bei der vorliegenden Jahresrechnung handelt es sich um eine gekürzte Darstellung. Der Revisionsbericht bezieht sich auf die umfassende Jahresrechnung.

Jahresrechnung 2016

	Rechnung 2016	Budget 2016	Rechnung 2015
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden	244'064.10	320'000	310'628.75
Übrige Einnahmen	10'919.26	8'000	11'890.82
Total Ertrag	3'550'983.36	3'624'000	3'618'519.57
Personalaufwand	2'698'337.22	2'906'000	2'773'606.51
Betriebsaufwand	371'377.96	423'000	369'718.98
Arbeitsgruppen / Projekte	327'422.53	225'000	332'457.75
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	34'064.13	150'000	140'628.75
Total Aufwand	3'431'201.84	3'704'000	3'616'411.99
Einnahmeüberschuss	119'781.52	0	2'107.58
Ausgabenüberschuss	0	80'000	0
Guthaben Kantone 31.12.2016	1'297'987.68		

Die Jahresrechnung 2016 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'431'201.84 (Kantonsbeiträge CHF 3'296'000.00) mit einem Ertragsüberschuss von CHF 119'781.52 ab. Dieser wird gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen, welches sich dadurch auf CHF 1'297'987.68 erhöht.

Die Revision der Jahresrechnung 2016 wurde am 12. April 2017 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Kostenverteiler 2016 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2013	Schlüssel 2013	Kantonsbeiträge 2016
Aargau	631'851.0	7.81%	257'447
Appenzell AR	53'564.5	0.66%	21'825
Appenzell IR	15'747.5	0.19%	6'416
Baselland	277'596.5	3.43%	113'107
Baselstadt	188'380.0	2.33%	76'755
Bern / Berne	996'949.0	12.32%	406'206
Fribourg / Freiburg	294'508.5	3.64%	119'997
Genève	466'267.0	5.76%	189'980
Glarus	39'481.0	0.49%	16'087
Graubünden / Grischun / Grigioni	194'439.5	2.40%	79'224
Jura	71'340.0	0.88%	29'067
Luzern	388'215.5	4.80%	158'178
Neuchâtel	175'478.0	2.17%	71'498
Nidwalden	41'736.0	0.52%	17'005
Obwalden	36'311.0	0.45%	14'795
St. Gallen	489'379.5	6.05%	199'397
Schaffhausen	78'369.0	0.97%	31'931
Schwyz	150'613.0	1.86%	61'367
Solothurn	260'360.0	3.22%	106'084
Thurgau	258'245.5	3.19%	105'222
Ticino	344'095.5	4.25%	140'202
Uri	35'779.0	0.44%	14'578
Valais / Wallis	324'371.5	4.01%	132'165
Vaud	741'864.5	9.17%	302'272
Zug	117'346.5	1.45%	47'813
Zürich	1'417'056.5	17.52%	577'379
			3
Total	8'089'345.5	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Sommaire

Avant-propos.....	33
-------------------	----

1 Organisation.....	35
1.1 Assemblée plénière	35
1.2 Bureau	36
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques	37
1.4 Secrétariat	37

2 Activités.....	39
2.1 Axes prioritaires.....	39
2.1.1 Assemblée plénière	39
2.1.2 Bureau	44
2.1.3 Prises de position.....	45
2.1.4 Collaboration Confédération – cantons	47
2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	48
2.2 Autres activités	49
2.2.1 Généralités.....	49
2.2.2 Politique extérieure.....	51
2.2.3 Politique intérieure.....	52
2.2.4 Mandats	54

3 Comptes	57
------------------------	-----------

Annexes.....	59
---------------------	-----------

Avant-propos

Durant l'année sous revue, la CdC a fait entendre sa voix et réalisé d'importants progrès pour chacune de ses thématiques prioritaires. Ainsi, les décisions prises en décembre 2016 par les Chambres fédérales sur la mise en œuvre de l'initiative Contre l'immigration de masse tiennent compte des revendications des gouvernements cantonaux : la solution retenue est compatible avec l'ALCP et elle repose sur l'approche *bottom-up*. En mandatant l'étude d'une « clause de sauvegarde *bottom-up* », les cantons ont largement contribué à la mise en œuvre de l'article 121a Cst. et souligné la nécessité de créer un système d'admission fédéral et applicable. Partenaires privilégiés de la Confédération, les cantons attendent désormais d'être étroitement associés à l'application des dispositions légales, qu'il s'agisse de l'ordonnance ou des questions pratiques.

La réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT) 2008 a permis de raviver le fédéralisme en Suisse et de le renforcer. Cependant, la pression se fait toujours plus grande sur l'objectif de désenchevêtrement des tâches et de leur financement. En 2016, la CdC a poursuivi et concrétisé le projet de réexamen des tâches entre la Confédération et les cantons lancé un an plus tôt. Dans une prise de position commune, les gouvernements cantonaux ont réaffirmé leur volonté de stopper l'évolution vers une imbrication plus poussée des tâches. Les cantons estiment qu'il est nécessaire d'intervenir en particulier dans les domaines suivants : prestations complémentaires, financement des soins et des prestations hospitalières, réduction des primes, transports régionaux, formation professionnelle, infrastructures ferroviaire et routière.

S'agissant de la péréquation financière, la RPT a montré que le système actuel mérite d'être optimisé. Sous la houlette de l'ancien conseiller d'État Franz Marty, trois conseillers d'État issus de cantons à fort potentiel de ressources et trois de cantons à faible potentiel de ressources ont élaboré des recommandations. Elles concernent la dotation minimale des cantons dont le potentiel de ressources est le plus faible, le suivi des écarts sur lesquels est fondé le besoin de péréquation et la dépolitisation des débats au Parlement consacrés à la dotation de la péréquation des ressources. Le rapport final a été soumis aux gouvernements cantonaux en fin d'année.

Les coûts du secteur de l'intégration ont fortement augmenté ces dernières années, en raison du nombre élevé de demandeurs d'asile et d'un important taux de protection. La CdC a estimé, avec la CDIP et la CDAS, les coûts de l'intégration des réfugiés reconnus, des personnes admises à titre provisoire et des jeunes arrivés tardivement en Suisse. Les résultats sont clairs : pour l'intégration dans les structures ordinaires, formation avant tout, de chaque personne admise à titre provisoire (AP) et de chaque réfugié (R), les cantons investissent aujourd'hui en moyenne deux fois plus que le forfait que leur verse la Confédération. Or, près de 18 000.- francs seraient nécessaires en moyenne par personne pour une intégration des AP/R systématique et conforme aux besoins.

Vous découvrirez en parcourant le rapport les autres sujets qui ont occupé la CdC en 2016. Nous profitons de l'occasion pour remercier celles et ceux qui se sont engagés en faveur des cantons et de la défense du fédéralisme. Bonne lecture.



Jean-Michel Cina, conseiller d'État
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Il appartient au gouvernement de chaque canton d'y déléguer l'un de ses membres et de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC.

Ont participé aux assemblées plénières en 2016 :

Canton	Représentation
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État
LU	Guido Graf, conseiller d'État Paul Winiker, conseiller d'État
UR	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
SZ	André Rüegsegger, conseiller d'État Kurt Zibung, conseiller d'État
OW	Niklaus Bleiker, conseiller d'État Paul Federer, conseiller d'État
NW	Othmar Filliger, conseiller d'État Karin Kayser-Frutschi, conseillère d'État
GL	Andrea Bettiga, conseiller d'État Benjamin Mühlemann, conseiller d'État
ZG	Matthias Michel, conseiller d'État
FR	Erwin Jutzet, conseiller d'État Beat Vonlanthen, conseiller d'État
SO	Esther Gassler, conseillère d'État Roland Heim, conseiller d'État
BS	Guy Morin, président de gouvernement Christoph Brutschin, conseiller d'État

BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'État Isaac Reber, conseiller d'État
SH	Reto Dubach, président de gouvernement Ernst Landolt, conseiller d'État
AR	Marianne Koller-Bohl, conseillère d'État
AI	Martin Bürki, conseiller d'État Antonia Fässler, conseillère d'État Daniel Fässler, landammann
SG	Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Martin Jäger, conseiller d'État Barbara Janom Steiner, conseillère d'État
AG	Roland Brogli, conseiller d'État
TG	Cornelia Komposch, conseillère d'État Jakob Stark, conseiller d'État
TI	Paolo Beltraminelli, président de gouvernement Norman Gobbi, conseiller d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Jean-Michel Cina, conseiller d'État
NE	Jean-Nathanaël Karakash, président de gouvernement Alain Ribaux, conseiller d'État
GE	François Longchamp, président de gouvernement
JU	Charles Juillard, président de gouvernement

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Composé de neuf conseillers d'État issus de toutes les régions, il prépare les dossiers de l'Assemblée plénière. Peuvent y siéger selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009 : la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich.

Ont participé aux séances du Bureau en 2016 :

Canton	Représentation
VS / CGSO	Jean-Michel Cina, conseiller d'État, président
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État, vice-président
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
SZ / ZRK	Kurt Zibung, conseiller d'État (jusqu'en juin 2016)
UR / ZRK	Heidi Z'graggen, conseillère d'État (à partir de juin 2016)
GL / ORK	Andrea Bettiga, conseiller d'État
GR	Barbara Janom-Steiner, conseillère d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
GE / CGSO	François Longchamp, président de gouvernement
SO / NWRK	Esther Gassler, conseillère d'État

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou de mandats ad hoc. Leur composition est détaillée dans l'annexe 2. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux figure en annexe 3.

1.4 Secrétariat

Conformément à la Convention sur la Conférence des gouvernements cantonaux, la CdC compte un secrétariat permanent dont la gestion a été confiée, lors de l'assemblée constituante, à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait joué un rôle prépondérant dans sa création. La Fondation ch gère le Secrétariat de la CdC et sa directrice, Sandra Maissen, est aussi secrétaire générale de la CdC.

Au 31 décembre 2016, 27 collaborateurs (19,9 équivalents temps plein) travaillent au Secrétariat CdC : 20 sont à la Maison des cantons à Berne, trois représentent la CdC auprès de l'administration fédérale (Direction des affaires européennes (DAE), Département fédéral de justice et police (DFJP), Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles) et 4 travaillent au secrétariat de la Fondation ch à Soleure (chef des Services généraux, états-majors Personnel et Finances). Les collaborateurs des Services généraux travaillent pour le Secrétariat CdC, pour l'exploitation de la MdC et pour la Fondation ch.

L'organigramme de la CdC se trouve à l'annexe 1 du rapport.

Effectif au 31 décembre 2016

Direction

- Sandra Maissen, secrétaire générale
- Mariel Baumann, collaboratrice personnelle de la secrétaire générale

Personnel

- Beatrice Müller, responsable

Finances

- Monika Zanon, responsable
- Rosmarie Bäumler, spécialiste Finances

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Daniel Arber, chef de service
- Pia Baumgartner, collaboratrice Secrétariat CdC/MdC
- Christine Bonvin, traductrice
- Daniel Bühler, informaticien
- Aline Defuns, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC
- Manuela Furrer, responsable Secrétariat CdC/MdC
- Massimo Oberti, traducteur
- Stagiaire Accueil MdC
- Pascale Prisset, responsable du Service linguistique

Affaires extérieures CdC

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général suppléant
- Ursula Blumer, chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, suppléante du chef de service

- Luca Gobbo, collaborateur scientifique
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons près la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Hanspeter Pfenninger, coordinateur Schengen/Dublin
- Dea Rolih, collaboratrice scientifique
- Monika Tschumi, collaboratrice scientifique, suppléante de la chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE

Affaires intérieures / Coordination CdC

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, chargée de communication CdC, suppléante du chef de service
- Mariel Baumann, collaboratrice scientifique
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT
- Carolina Schärner, stagiaire scientifique
- Patrick Tschudin, collaborateur scientifique
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Années de service

Nadine Eckert, 15 ans

Manuela Furrer, 20 ans

Roland Mayer, 20 ans

Christine Winkelmann, 10 ans

Départ à la retraite

Ursula Blumer, 31 décembre 2016

02

2 Activités

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 Assemblée plénière

L'Assemblée plénière s'est réunie les 11 mars, 24 juin, 30 septembre et 16 décembre en séance ordinaire et le 15 avril en séance extraordinaire. En plus des prises de position citées au chapitre 2.1.3, elle a traité les dossiers prioritaires suivants :

Généralités

Mise en œuvre de l'art. 121a Cst.

Comme l'année précédente, l'Assemblée plénière CdC s'est penchée lors de chacune de ses réunions sur les conséquences de l'initiative « Contre l'immigration de masse » acceptée le 9 février 2014 et sur les dispositions constitutionnelles sur la réglementation de l'immigration.

Lors de l'Assemblée plénière du 11 mars, le secrétaire d'État Mario Gattiker a expliqué les projets législatifs présentés le 4 mars par le Conseil fédéral pour mettre en œuvre l'art. 121a Cst. et la décision de ce dernier de finalement signer le protocole sur l'extension de l'ALCP à la Croatie. Par ailleurs, le président du groupe de travail CDEP a exposé le modèle tessinois de clause de sauvegarde et l'avis du groupe de travail, selon lequel ce modèle pourrait potentiellement s'appliquer à l'ensemble du pays. Au terme de la discussion, l'Assemblée plénière a chargé le Secrétariat CdC de mandater un travail d'approfondissement de la clause de sauvegarde ascendante (*bottom-up*).

Après consultation des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière extraordinaire du 15 avril a approuvé des prises de position sur les messages adoptés le 4 mars par le Conseil fédéral. Les gouvernements cantonaux se sont exprimés sur les messages relatifs à la modification de la loi fédérale sur les étrangers (gestion de l'immigration et amélioration de la mise en œuvre des accords sur la libre circulation des personnes), à l'extension de l'ALCP à la Croatie et à la modification du code des obligations (prorogation des contrats-types de travail fixant des salaires minimaux). L'Assemblée plénière a aussi validé le projet d'étude de la clause de sauvegarde *bottom-up*.

Le 24 juin, l'Assemblée plénière CdC a examiné les conclusions de l'étude. Elle a estimé que les résultats sont importants et utiles pour la recherche d'une solution avec l'UE, parce que le modèle *bottom-up* est celui qui respecte le plus le fédéralisme suisse et le principe de subsidiarité. Enfin, l'Assemblée plénière s'est dite favorable à l'examen d'autres mesures à engager à l'échelle nationale, pour autant que la charge administrative induite soit proportionnelle à l'effet recherché sur l'immigration. Les mesures dans les domaines assurances sociales et aide sociale ne sauraient engendrer un simple transfert de charges d'un droit sur un autre droit et devraient être couplées au droit de séjour.

Le 30 septembre, l'Assemblée plénière a discuté des décisions arrêtées le 21 septembre par le Conseil national pour mettre en œuvre l'art. 121a Cst. et déterminé la position que les représentants CdC défendraient lors de l'audition par la commission compétente du Conseil des États.

Enfin, l'Assemblée plénière du 16 décembre a pris acte des décisions arrêtées le même jour par le Parlement. Elle a relevé qu'il est envisageable de mettre en œuvre l'article 121a Cst. sans déroger à l'ALCP. L'Assemblée plénière a estimé que le Parlement avait tenu compte du principe *bottom-up* ; la notion de « régions économiques » pose par contre problème. Pour ce qui est du poids de la bureaucratie par rapport aux effets escomptés, les avis sont partagés. Il a donc été décidé de demander au Conseil fédéral d'associer pleinement les cantons aux travaux de mise en œuvre.

Examen des litiges fédéraux par une instance juridictionnelle

Lors de l'Assemblée plénière de juin 2014, les gouvernements cantonaux avaient approuvé le premier rapport pluriannuel « Monitoring du fédéralisme 2011–2013 ». Plusieurs mesures destinées à renforcer le fédéralisme y étaient proposées et il était précisé que « l'essence du fédéralisme ne peut être préservée que si le respect des principes qui le sous-tendent et sont inscrits dans la Constitution peut faire l'objet d'un contrôle juridictionnel ». Par la suite, les organes compétents de la CdC avaient débattu de la mise en œuvre de ces mesures et décidé de demander un avis de droit afin d'identifier les moyens de renforcer la protection juridique, en cas de litige.

Rendu en 2016, l'avis de droit constate que le respect des principes du fédéralisme ne souffre pas des dispositions matérielles de la Constitution fédérale qui, pour une part essentielle, peuvent être attaquées devant une autorité juridictionnelle. L'obstacle majeur est l'applicabilité des lois fédérales (art. 190 Cst.), qui n'exclut pas entièrement un contrôle par le Tribunal fédéral.

L'Assemblée plénière du 30 septembre s'est déclarée prête à renoncer à une modification des fondements constitutionnels ou légaux, estimant qu'on pourrait envisager en lieu et place une action de droit public devant le Tribunal fédéral. Le 16 décembre, l'Assemblée plénière a pris acte des critères à utiliser pour examiner les possibilités d'action.

Monitoring du fédéralisme 2015

Depuis 2005, le Secrétariat procède chaque année à un monitoring du fédéralisme sur mandat de la Fondation ch pour la collaboration confédérale. Le monitoring montre comment évolue le fédéralisme en Suisse. L'enquête 2015 confirme les tendances à la centralisation dans plusieurs dossiers, même si la Confédération a respecté l'an dernier les principes fondamentaux du fédéralisme dans leur ensemble. Si de légères améliorations ont été constatées dans la collaboration avec les Chambres fédérales, la pression la plus forte à la centralisation émane cependant toujours du Parlement. Les cantons sont critiques en ce qui concerne les négociations avec l'UE sur l'accord sur la libre circulation. La Confédération n'a pas respecté leur droit de participation. En revanche, les cantons sont associés aux négociations sur un accord institutionnel avec l'UE ; ils participent aux travaux liminaires que la Confédération mène en interne et aux échanges de vues avec l'UE.

Communication CdC

En 2016, quatre newsletters ont été publiées à l'issue des Assemblées plénières ordinaires, une newsletter est parue après l'Assemblée plénière extraordinaire et une a été consacrée à la clause de sauvegarde *bottom-up* pour la gestion de l'immigration. Les principaux sujets traités étaient les suivants : réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, révision de la loi sur les étrangers, mise en œuvre de l'article constitutionnel 121a Cst. et péréquation financière entre la Confédération et les cantons.

Le 3 juin, la CdC a organisé pour la première fois une rencontre destinée aux membres de gouvernements nouvellement élus ; elle a été l'occasion de les informer, entre autres sujets, du mode de fonctionnement de la CdC et de ses thématiques prioritaires. Le dépliant CdC a été refondu, il est paru fin 2016 sous un nouveau design.

Politique européenne : coordination et questions institutionnelles

L'Assemblée plénière a été informée, tout au long de l'année, de l'évolution du dossier. Elle a pris acte de la suspension, à la mi-août 2016, des négociations avec l'UE, le Parlement n'ayant pas encore décidé de la manière de mettre en œuvre l'art. 121a Cst.

Examen de la répartition des tâches Confédération – cantons

Quelques années après la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches Confédération – cantons (RPT), le débat sur la répartition des tâches a été relancé. À la demande du Parlement, le Conseil fédéral a présenté en 2014 un rapport sur le respect des principes de la RPT, principes de subsidiarité et d'équivalence fiscale essentiellement. Par ailleurs, le Parlement a accepté en 2015 une motion qui demande au Conseil fédéral d'analyser systématiquement toutes les tâches communes à la Confédération et aux cantons. Dans le même temps, les gouvernements cantonaux ont demandé le désenchevêtrement systématique des tâches et des financements, que ce soit dans leur prise de position relative au rapport sur l'évaluation de l'efficacité 2012–2015 de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons ou dans le rapport sur le monitoring du fédéralisme.

Forte de ce constat, la CdC a décidé, l'an dernier, de lancer le projet de réexamen de la répartition des tâches Confédération – cantons et d'engager d'importants travaux de fond. Une première étape a été franchie le 24 juin 2016 avec l'adoption à l'unanimité d'une prise de position commune, après qu'aient été consultés les gouvernements cantonaux et les conférences des directeurs. Les gouvernements cantonaux y confirment la nécessité de mettre un frein à la tendance générale vers une imbrication croissante des tâches. Seule une attribution claire des tâches, respectueuse des principes ancrés dans la Constitution, permettra aux deux échelons de l'État d'élargir leur marge de manœuvre. Les cantons estiment qu'il faudrait intervenir dans le secteur social (prestations complémentaires, p. ex.), dans ceux de la santé (soins et financement hospitalier, p. ex.), de l'éducation (formation professionnelle, encouragement du sport, p. ex.) et des transports (financement de l'infrastructure ferroviaire et routière, p. ex.).

Parallèlement à cette position, l'administration fédérale a établi un projet de rapport en réponse à la motion « Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons » (13.3363), sur la base des travaux des cantons. Ce rapport sera discuté en 2017 avec les gouvernements cantonaux et les conférences des directeurs. La Confédération et les cantons ont également débattu, aux niveaux technique et politique, des désenchevêtrements à envisager dans des domaines politiques préalablement définis et de la manière d'avancer.

Optimisation de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons

En 2016, le groupe de travail politique des cantons a poursuivi ses travaux, démarrés en 2015, afin de répondre au mandat que lui avait confié l'Assemblée plénière le 25 septembre 2015. Ce groupe, présidé par M. Franz Marty, ancien conseiller d'État et spécialiste des finances publiques et de la péréquation financière, comprend trois membres des exécutifs de cantons à fort potentiel de ressources et trois membres des exécutifs de cantons à faible potentiel de ressources. Il s'est réuni à cinq reprises en 2016. Sur la base des objectifs définis par le groupe de travail politique et des différentes variantes étudiées pour y répondre, trois rapports ont été élaborés.

Le rapport du 3 mars 2016 présentait une solution pour optimiser la péréquation financière Confédération – cantons basée sur l'évolution des disparités de capacité financière mesurées en fonction du potentiel de ressources des cantons. Ce rapport a été mis en consultation auprès des gouvernements cantonaux. Partant des réponses des cantons, l'Assemblée plénière du 24 juin a chargé le groupe de travail politique d'apporter des éclaircissements et d'élaborer un rapport complémentaire, qui tienne compte des remarques formulées par les gouvernements cantonaux.

Le projet de rapport complémentaire du 30 septembre répond au mandat complémentaire de l'Assemblée plénière. Ce projet a été envoyé à la CDF qui a demandé à ses membres de transmettre directement leurs remarques et commentaires au groupe de travail politique. Le 19 novembre, le groupe de travail politique a mis sous toit la solution qui est présentée dans le rapport final, en tenant compte des réponses des cantons.

Le rapport final du 15 décembre présente la solution pour optimiser la péréquation financière. Cette solution politique s'articule autour de 7 recommandations destinées à garantir une dotation minimale au canton avec le plus faible potentiel de ressources, à tenir compte de l'évolution des disparités pour déterminer le besoin de péréquation et à déposer les débats au sein du Parlement fédéral sur la dotation pour la péréquation des ressources.

Programme de stabilisation 2017-2019

Le 25 novembre 2015, le Conseil fédéral a mis en consultation le programme de stabilisation pour les années 2017 à 2019, afin de créer les conditions nécessaires au respect du frein à l'endettement durant la législature 2016-2019. Après avoir consulté les gouvernements cantonaux et les conférences des directeurs, la CdC a adopté une prise de position commune des cantons lors de l'Assemblée plénière du 11 mars 2016 (chiffre 2.1.3). Le 25 mai, le Conseil fédéral a approuvé le message concernant le programme de stabilisation avec pour objectif de réaliser des économies annuelles de 800 à 1 000 millions de francs entre 2017 et 2019.

Lors des débats parlementaires, le Conseil fédéral et les Chambres ont retenu d'importantes demandes formulées par les cantons dans le cadre de la consultation. Le Parlement n'est cependant pas parvenu à clore les débats en fin d'année, de sorte que les dernières divergences ont été éliminées lors de la session de printemps 2017. Si l'on fait abstraction des coupes envisagées dans le domaine de l'intégration, les cantons ont relativement bien défendu leurs intérêts.

Réforme de l'imposition cantonale des entreprises (RIE) III

En 2016, le Parlement fédéral a poursuivi ses travaux. Il a mis sous toit la RIE III lors de la session d'été. Ce dossier relevant de la compétence de la CDF, c'est elle qui a participé aux auditions des commissions parlementaires et a présenté la position des cantons dans le cadre du traitement des divergences. Les décisions du Parlement sont globalement conformes à la prise de position des gouvernements cantonaux du 19 décembre 2014 sur le projet mis en consultation. Les principales différences concernent les mesures prévoyant l'introduction d'un impôt sur le bénéfice corrigé des intérêts et les déductions supplémentaires des dépenses de recherche et développement.

La réforme a fait l'objet d'une demande de référendum. En vue de la votation populaire du 12 février 2017, l'Assemblée plénière a adopté la position des cantons sur la RIE III le 16 décembre. Les gouvernements cantonaux ont confirmé le soutien de la CdC à la RIE III. Cette réforme, qui a été refusée par le peuple, aurait préservé la compétitivité internationale de la Suisse et aurait été déterminante pour l'économie et la recherche. Suite au refus de la réforme, un nouveau projet sera rapidement développé. La CdC suivra de près ces travaux.

Initiative « vache-à-lait »

L'initiative populaire « Pour un financement équitable des transports » (« vache-à-lait ») demandait que les recettes de l'impôt sur les carburants soient intégralement affectées au financement de l'infrastructure routière. Elle a été rejetée le 5 juin 2016 par 70,8 % des votants et par l'ensemble des cantons. Un oui aurait eu des conséquences significatives sur la politique des transports et sur les finances. C'est la raison pour laquelle les gouvernements cantonaux avaient décidé, en Assemblée plénière du 18 décembre 2015, de participer à une campagne d'information officielle contre l'initiative : le 22 mars a eu lieu une conférence de presse commune Confédération – cantons en présence du conseiller fédéral Ueli Maurer et du vice-président CdC et conseiller d'État Hans-Jürg Käser ; le 11 avril, une conférence de presse, réunissant les présidents CdC, CDF, CDIP et DTAP, a été l'occasion d'expliquer pourquoi les cantons étaient opposés à l'initiative. Début avril, les gouvernements cantonaux ont reçu un argumentaire destiné à l'information officielle à l'échelon cantonal.

Intégration

Adoption du document-cadre relatif aux conventions-programmes Confédération – cantons 2018–2021

Fin 2011, le Conseil fédéral et l'Assemblée plénière adoptaient un document-cadre relatif aux conventions-programmes Confédération – cantons dans le domaine de l'intégration. Celui-ci prévoyait que les cantons regroupent tous les domaines de l'encouragement spécifique de l'intégration dans un programme d'intégration cantonal (PIC). Chaque canton a ensuite élaboré son propre PIC et passé avec la Confédération une convention-programme réglant sa mise en œuvre pour les années 2014-2017. La mise en œuvre de la première période de programme est en cours et s'achèvera à la fin de 2017.

En parallèle, le Secrétariat d'État aux migrations (SEM) et la CdC ont préparé un document-cadre pour la prochaine période 2018-2021, sur la base des résultats de consultations effectuées auprès des cantons. Les objectifs stratégiques ont été concrétisés, les modifications les plus importantes porteront notamment sur les modalités de financement. L'Assemblée plénière a approuvé ce document lors de la séance du 16 décembre. Le Conseil fédéral a adopté le document-cadre en janvier 2017.

Coûts de l'intégration des AP/R dans les cantons

Ces derniers temps, la Suisse a accueilli un grand nombre de réfugiés très jeunes dont la formation et les qualifications professionnelles ne satisfont pas aux exigences du marché de l'emploi. L'hébergement, l'encadrement et surtout l'intégration de ces personnes ont fait exploser les coûts dans les cantons et les communes. Afin d'estimer ces dépenses supplémentaires, la CdC, la CDIP et la CDAS ont procédé, de juillet à novembre 2016, au relevé des coûts et à l'évaluation des besoins. L'accent a été mis sur l'intégration des personnes admises à titre provisoire et des réfugiés reconnus (AP/R), sur l'hébergement et l'encadrement des mineurs non accompagnés (MNA) et sur les coûts induits par la migration dans le domaine de la formation.

Au mois de novembre, les secrétaires générales CdC et CDAS et le secrétaire général CDIP ont débattu des mesures à envisager afin de décharger les cantons de ces surcoûts. Les cantons revendiquent un financement plus important des coûts des AP/R de la part de la Confédération, une augmentation significative des forfaits d'intégration qui passeraient de 6 000 à 18 000 francs, un investissement plus important dans la formation pour développer les offres transitoires, une augmentation substantielle du forfait global par jour, qui s'élève aujourd'hui à 50 francs, des mesures d'urgence en raison des besoins sur place. Lors de la séance du 16 décembre, l'Assemblée plénière a pris acte de l'avancement du dossier et a chargé le Secrétariat CdC de préparer un courrier au Conseil fédéral et de lui demander une entrevue.

Initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié

En juin 2015, Confédération et cantons ont conclu une convention (FKI plus) destinée à mieux gérer la main-d'œuvre nationale et à mobiliser le potentiel inexploité afin de répondre à la demande de mieux faire accepter l'immigration. Quatre priorités ont été définies : (1) encouragement de l'activité professionnelle, en particulier celle des femmes ; (2) maintien en activité des seniors ; (3) engagement de mesures générales sur le marché du travail afin d'assurer la relève et de conserver le personnel en place ; (4) insertion professionnelle accrue des réfugiés reconnus et des personnes admises à titre provisoire.

Le 31 mai, le site internet www.personnelqualifie-suisse.ch, a été lancé par la CdC et le SECO (DEFR). Le site contient une base de données des nombreuses actions engagées par la Confédération, les cantons et les entreprises afin d'exploiter la main-d'œuvre nationale. Les retours concernant le design, le contenu et l'interactivité du site sont positifs. Le 12 septembre, le Sommet national de l'Initiative Personnel qualifié suisse a eu lieu à Berne, en présence du président de la Confédération, Johann Schneider-Ammann. Des représentants de la Confédération, des cantons et des partenaires sociaux se sont entretenus de divers sujets, et plus particulièrement de la manière de concilier vie professionnelle et vie familiale. Jean-Michel Cina, président de la CdC, a alors souligné que les cantons sont déjà très actifs dans la promotion du potentiel de main-d'œuvre nationale.

2.1.2 Bureau

Le Bureau s'est réuni les 5 février, 20 mai, 26 août et 11 novembre. En plus de la préparation des affaires de l'Assemblée plénière, il s'est occupé des dossiers suivants :

Établissement de priorités pour les dossiers CdC

En 2015, la CdC a introduit une hiérarchisation de ses dossiers, articulée autour de 3 axes stratégiques : (1) focalisation sur les dossiers prioritaires, (2) appui à la CdC, (3) action plus efficace. La hiérarchisation implique d'établir des priorités et de définir des catégories. La procédure a fait ses preuves en 2016, la priorité accordée aux dossiers A s'est révélée pertinente et a considérablement amélioré leur impact. La planification 2017 a été arrêtée par le Bureau du 11 novembre. Afin de renforcer l'adhésion à la CdC, les conseillers d'État nouvellement élus ont été reçus à la Maison des cantons durant une demi-journée. Cette rencontre a rencontré un vif succès et sera reconduite l'an prochain.

Réorganisation de l'organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin

Le 13 novembre 2015, le Bureau a décidé de demander au Secrétariat CdC de reconsidérer le fonctionnement de l'organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin (OASD), y compris son financement, et de lui faire des propositions pour l'organisation future et la participation des cantons au processus législatif européen relatif à Schengen/Dublin.

Le Secrétariat a procédé à un état des lieux au premier semestre 2016, avec le concours d'experts de l'OASD (échelon opérationnel), de l'Office fédéral de la justice, compétent en la matière côté Confédération, et du Secrétariat général de la CCDJP. Le résultat des réflexions a été présenté au Comité CCDJP le 27 juin, puis au Bureau CdC le 26 août.

Les milieux consultés estiment tous que les cantons doivent continuer de participer au processus législatif européen relatif à Schengen/Dublin, aux côtés de la Confédération. Le 26 août, le Bureau est parvenu aux conclusions suivantes :

- La nouvelle orientation de l'OASD devra permettre de renforcer la participation politique des cantons au suivi des développements de l'acquis Schengen/Dublin. Cette tâche sera confiée à un groupe politique (3 à 5 personnes) issu du Comité CCDJP.
- Les groupes de travail seront remplacés par des pools d'experts ; les conférences cantonales spécialisées et les associations participeront plus étroitement aux dossiers qui les concernent directement.
- Il s'agira de soutenir explicitement la formation et l'intervention des experts cantonaux chargés des évaluations.

Le 11 novembre, le Bureau a désigné les personnes suivantes, issues des rangs de la CCDJP, pour représenter les cantons aux rencontres des ministres de la Justice et des Affaires intérieures des États membres de l'UE :

- Hans-Jürg Käser, conseiller d'État (BE), président CCDJP
- Beat Villiger, conseiller d'État (ZG), vice-président CCDJP
- Jacqueline Fehr, conseillère d'État (ZH)
- Fredy Fässler, conseiller d'État (SG)
- Pierre Maudet, conseiller d'État (GE).

2.1.3 Prises de position

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement est garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (selon art. 147 Cst.)

Prise de position sur le Programme de stabilisation 2017-2019

Lors de l'Assemblée plénière du 11 mars, les gouvernements cantonaux ont adopté une position commune sur le Programme de stabilisation 2017-2019. S'ils sont favorables à ce programme, les cantons estiment que les mesures d'économies envisagées par le Conseil fédéral ne devraient, en aucun cas, se traduire par des transferts de charges sur leurs budgets, car ils n'ont plus aucune latitude pour supporter les coûts répercutés par la Confédération. Ils s'opposent donc catégoriquement à certaines mesures qui concernent les prestations complémentaires AVS/AI, la réduction individuelle de primes, la migration et l'intégration, la formation, la recherche et l'innovation, et l'agriculture. À noter enfin que la Confédération a clos l'exercice 2015 sur un excellent résultat, qui devrait inciter à revoir l'ampleur des mesures d'économie.

Prise de position sur la révision de la loi sur les étrangers (normes procédurales et systèmes d'information)

Lors de l'Assemblée plénière du 30 septembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une position commune sur la révision de la loi sur les étrangers (normes procédurales et systèmes d'information). Le projet contenait, entre autres, une nouvelle disposition sur l'assurance-qualité dans le domaine de l'intégration, que les cantons rejettent au motif qu'il est inutile d'introduire des critères de qualité nationaux qui impliqueraient une surcharge de travail et un surcoût pour la Confédération, les cantons et les communes. Ces critères ne tiennent pas compte des réalités locales, ils sont trop rigides et constituent un frein à la compétitivité et à l'innovation. L'encouragement spécifique de l'intégration est une tâche commune Confédération – cantons, mise en œuvre depuis 2014 dans le cadre des Programmes d'intégration cantonaux (PIC). Enfin, l'assurance-qualité à long terme est garantie, puisque la réalisation des objectifs de prestation et d'efficacité fixés dans les conventions-programmes est contrôlée.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

Prise de position sur le message relatif à la modification de la loi fédérale sur les étrangers (gestion de l'immigration et amélioration de la mise en œuvre des accords sur la libre circulation des personnes)

Lors de l'Assemblée plénière extraordinaire du 15 avril, les cantons ont pris position sur les messages du Conseil fédéral du 4 mars 2016 relatifs à la mise en œuvre de l'art. 121 a Cst. Les cantons ont rejeté la clause de sauvegarde unilatérale et quantitative qui pourrait être introduite par une modification de la loi sur les étrangers. Ils critiquent en effet l'approche centralisatrice du projet, l'impossibilité de l'appliquer et le fait qu'une clause de sauvegarde unilatérale pour les ressortissants de l'UE et de l'AELE pourrait sérieusement compromettre l'accord sur la libre-circulation (ALCP) et la voie bilatérale avec l'UE. Enfin, ils se sont demandé si la Confédération disposait de la base constitutionnelle nécessaire pour fixer les conditions d'octroi du droit aux prestations de l'aide sociale, afin d'inscrire dans la loi les améliorations demandées pour appliquer l'ALCP.

Prise de position sur le message concernant l'extension de l'ALCP à la Croatie

Lors de l'Assemblée plénière extraordinaire du 15 avril, les cantons se sont félicités de la signature du protocole d'extension de l'ALCP à la Croatie, négocié en 2013. Ils ont estimé qu'il n'y a aucune raison de se prononcer contre la ratification.

Prise de position sur le message concernant la modification du code des obligations (prorogation des contrats-types de travail fixant des salaires minimaux)

Lors de l'Assemblée plénière extraordinaire du 15 avril, les cantons ont rappelé que la surveillance du marché du travail et l'exécution des mesures d'accompagnement donnent satisfaction, qu'il n'y a pas de dysfonctionnement systématique, comme le confirment les rapports annuels de la Confédération. Les cantons ont approuvé le paquet de mesures proposé par le Conseil fédéral pour continuer à améliorer l'exécution.

Prise de position sur le message additionnel concernant la modification de la loi fédérale sur les étrangers (intégration)

En 2013, le Conseil fédéral a soumis au Parlement un projet de modification de la loi sur les étrangers (LEtr) concernant l'intégration. Suite au oui à l'initiative Contre l'immigration de masse le 9 février 2014, il a soumis un message additionnel sur la modification de la LEtr. Réunis en assemblée plénière extraordinaire le 15 avril, les cantons ont pris position sur ce message additionnel. S'agissant de la mobilisation du potentiel de main-d'œuvre nationale, les cantons saluent l'intention du Conseil fédéral de supprimer les entraves administratives à l'accès au marché du travail des personnes admises à titre provisoire et des réfugiés reconnus. Ils relèvent néanmoins que ces obstacles ne sont pas seuls responsables des difficultés d'intégration des personnes du domaine de l'asile. D'autres facteurs, individuels, tels que les connaissances linguistiques insuffisantes et le manque de qualifications professionnelles, demandent un soutien important des cantons pour leur intégration sur le marché du travail. L'expérience montre par ailleurs que le forfait d'intégration unique versé par la Confédération est insuffisant. Compte tenu de l'importance économique et sociale de l'intégration, les cantons demandent une augmentation significative des forfaits d'intégration.

Prises de position adoptées dans le cadre d'auditions organisées par d'autres institutions

Prise de position sur la poursuite de la collaboration tripartite à partir de 2017 (convention et programme de travail compris)

La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) a soumis à l'approbation de ses membres (Conseil fédéral, CdC, Union des villes suisses UVS et Association des communes suisses ACS) les bases sur lesquelles devait reposer la poursuite de la collaboration tripartite à partir de 2017, en y intégrant les espaces ruraux. La CdC a été invitée à prendre position sur le projet de convention entre la Confédération, les cantons, les villes et les communes sur la Conférence tripartite (CT) et le programme de travail 2017-2021. Lors de l'Assemblée plénière du 30 septembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position favorable. Les nouveaux objectifs assignés à la CT permettront de tenir compte des nombreuses imbrications ville – campagne et d'encourager un développement territorial cohérent. Les cantons attendent cependant que la répartition des tâches entre les trois échelons institutionnels soit respectée et que les recoupements thématiques avec les plates-formes et les institutions existantes soient évités. La mission principale de la CT sera de débattre ouvertement des sujets qui ont une incidence sur l'aménagement du territoire et qui concernent la Confédération, les cantons, les villes et les communes.

2.1.4 Collaboration Confédération – cantons

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Deux fois par an, des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent dans le cadre d'un Dialogue confédéral. Les rencontres sont l'occasion d'échanges d'informations et de vues sur des thèmes importants touchant aux questions de coopération et au fédéralisme. En 2016, le Dialogue confédéral a eu lieu les 11 mars et 11 novembre. Les principaux points à l'ordre du jour étaient les relations Suisse – UE (mise en œuvre de l'art. 121a Cst., clause de sauvegarde *bottom-up*, coordination et questions institutionnelles, mesures d'accompagnement), l'exploitation du potentiel de main d'œuvre nationale et l'initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié, le programme de stabilisation 2017–2019, la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, la répartition des tâches Confédération – cantons, la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, la politique des étrangers et d'intégration, le monitoring du fédéralisme (analyse 2015) et la cinquième Conférence nationale sur le fédéralisme 2017.

Dialogue Europe

Compte tenu de l'impact qu'ont les nombreux accords bilatéraux sur les compétences et les tâches d'exécution des cantons, la coopération entre la Confédération et les cantons est d'une importance primordiale pour le développement des relations bilatérales entre la Suisse et l'UE. La Constitution fédérale et la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération définissent les compétences et les responsabilités de la Confédération et des cantons, les droits d'information et de consultation des cantons et leurs modalités de participation. Pour renforcer et améliorer encore cette coopération, la Confédération et les cantons ont instauré un organe directeur permanent dédié à l'échange d'informations et en ont détaillé les modalités dans une convention.

En 2016, les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies les 4 et 23 février, le 11 avril, le 6 juin, le 5 juillet, le 24 août, le 16 septembre et le 9 décembre. L'essentiel des discussions a porté sur la feuille de route à adopter après la votation populaire du 9 février 2014. Les autres points à l'ordre du jour étaient les négociations sur l'accord-cadre institutionnel Suisse – UE, le Brexit et ses répercussions pour la Suisse.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres, ceci afin d'entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et d'intensifier les échanges de vues. Des représentants du Bureau de la CdC et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chacun de ces rendez-vous est consacré à un sujet d'actualité. Les quatre réunions, qui ont eu lieu pendant les sessions des Chambres fédérales, ont permis d'aborder les sujets suivants : loi sur les jeux d'argent, révision de la loi sur les forêts, 3^e réforme de l'imposition des entreprises, programme de stabilisation de la Confédération 2017–2019, mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et différents sujets touchant à la politique de la santé (révision LAMal en vue de renforcer la qualité et l'économicité, initiatives parlementaires demandant le rétablissement de la paix des tarifs, modèles de gestion et de financement alternatifs dans le domaine de la LAMal).

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Ce forum qui réunit deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC aborde des sujets politiques d'actualité ou des questions de collaboration entre les deux organes. Outre les questions générales ayant trait à leur collaboration, les Bureaux CdE et CdC ont débattu le 5 février et le 2 septembre des sujets suivants : politique européenne (mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et clause de sauvegarde *bottom-up*), programme de stabilisation de la Confédération 2017–2019, péréquation financière entre la Confédération et les cantons, réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, pratique des cantons concernant le dépôt d'initiatives cantonales et monitoring du fédéralisme (analyse 2015).

Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier ou non les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent aux intérêts vitaux des cantons.

C'est afin d'assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont convenu le 7 octobre 1998 de mieux associer les représentants des cantons au travail des commissions du Conseil des États.

En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États communique à la CdC, en marge de la session, une liste des objets prévus pour examen par les commissions. En 2016, les délégations de la CdC ont pris part aux auditions suivantes :

Date	Commission	Objet parlementaire
16.2.2016	CPL-N	Programme de législature 2015–2016 de la Confédération
12.5.2016	CPE-E	Message concernant l'extension de l'Accord sur la libre circulation des personnes à la Croatie
13.5.2016	CPL-E	Programme de législature 2015–2016 de la Confédération
27.5.2016	CIP-N	Message relatif à la modification de la loi fédérale sur les étrangers LEtr (Gestion de l'immigration et amélioration de la mise en œuvre des accords sur la libre circulation des personnes)
10.10.2016	CIP-E	Message relatif à la modification de la loi fédérale sur les étrangers LEtr (Gestion de l'immigration et amélioration de la mise en œuvre des accords sur la libre circulation des personnes)

2.1.5 *Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales*

Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs

Depuis 2010, les colloques politiques réunissent à intervalles réguliers les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. Le colloque des 28 et 29 janvier a été l'occasion de s'entretenir des priorités de travail actuelles d'intérêt général pour les conférences. Les questions débattues ont en outre gravité autour des priorités de travail communes Réexamen de la répartition des tâches Confédération – cantons et Politique européenne et immigration. Ont également été à l'ordre du jour des questions concrètes portant sur la collaboration entre les conférences et d'autres dossiers plus spécifiques (initiative de mise en œuvre, programme de législature 2015–2019 de la Confédération, programme de stabilisation de la Confédération 2017–2019, information officielle sur l'initiative « vache-à-lait » et nouvelle base de données).

La séance des présidences du 5 septembre s'est penchée sur le réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, sur la politique européenne et l'immigration, sur les coûts de l'intégration des personnes admises à titre provisoire et des réfugiés reconnus et sur l'hébergement et l'encadrement des mineurs non accompagnés.

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo): coordination, divers

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo), dont le secrétariat est géré par la CdC, a pour vocation d'assurer la coordination des tâches de suivi des affaires fédérales entre les conférences des directeurs et de favoriser la collaboration et l'échange d'informations entre ses membres. En 2016, elle s'est réunie à quatre reprises. Pour les projets de la Confédération, ces séances ont permis de désigner la conférence responsable et les conférences intéressées. La CoSeCo a également discuté des sujets mis en votation populaire en 2016. Elle a fait part de ses commentaires sur le projet de réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, sur le Programme de stabilisation 2017-2019 et sur la Stratégie Suisse numérique du Conseil fédéral.

La CoSeCo a été associée au développement de la solution informatique pour effectuer le monitoring des affaires fédérales (Mocca) et a été régulièrement informée de l'état d'avancement du projet. Des réunions ont été organisées avec des représentants de conférences pour discuter de la suite des travaux. Cette solution informatique sera disponible en 2017.

Le président est nommé pour une période de deux ans. Son mandat ne peut pas être reconduit pour une nouvelle période. Le mandat de Roger Bisig arrivant à échéance à la fin 2016, un nouveau président a été nommé en la personne de Alexander Krethlow, secrétaire général de la Conférence gouvernementale des affaires militaires, de la protection civile et des sapeurs-pompiers (CG MPS).

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétariats des conférences gouvernementales régionales et le secrétaire de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 28 avril et le 24 novembre en présence de la secrétaire générale de la CdC pour un échange d'informations sur divers sujets d'actualité.



2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Projet Solution de monitoring des objets fédéraux pour les conférences et les cantons (Mocca)

La nouvelle solution prévue pour traiter les objets fédéraux permettra aux conférences et aux cantons de défendre leurs intérêts auprès de la Confédération, de faciliter la collaboration entre les conférences et les cantons, d'améliorer les flux d'information, d'assurer la coordination à l'intérieur de la Maison des cantons et de fournir des données pour le monitoring du fédéralisme. Grâce aux interfaces automatiques avec Curia Vista et aux procédures de consultation de la Confédération, le traitement prendra moins de temps.

Se fondant sur les travaux liminaires accomplis par le canton de Lucerne, l'équipe de projet a démarré ses activités en août 2015 et précisé les modalités en accord avec les délégués cantonaux aux relations extérieures et les collaborateurs des conférences des directeurs de la Maison des cantons. Ces modalités ont ensuite été mises en œuvre avec l'aide d'un partenaire externe. Sept cantons se sont affiliés en cours de route, si bien que Mocca sera utilisée dès sa mise en service par toutes les conférences des directeurs, par 21 cantons et par trois conférences régionales.

La formation et la période de test, fin 2016/début 2017, seront suivies de la mise en service de la solution Mocca au second trimestre 2017.

Conférence nationale sur le fédéralisme 2017

Au printemps 2015, la CdC a confié au canton de Vaud l'organisation de la 5^e Conférence nationale sur le fédéralisme, qui aura lieu les 26 et 27 octobre 2017 à Montreux. Elle est placée sous l'égide du Conseil fédéral, du Conseil des États, du canton de Vaud et de la CdC. La direction de projet a entamé ses travaux à l'automne 2015. L'Assemblée plénière du 16 décembre a pris acte du concept (organisation, contenus). Quelque 300 participants du monde de la politique, de l'administration, de l'économie, des milieux scientifiques et de la société civile sont attendus à cette conférence dont le sujet sera : « La Suisse sera-t-elle encore fédéraliste dans 50 ans ? ».

Forum des fédérations

La CdC a poursuivi la collaboration en 2016 et soutenu les travaux du Forum des fédérations (FoF) par une participation financière. Le 22 septembre, le FoF a réuni des scientifiques et des praticiens pour débattre du projet de recherche consacré aux tendances à la centralisation et à la décentralisation dans les états fédéraux, notamment en Suisse ; ce projet est dirigé par le professeur Paolo Dardanelli de l'Université du Kent et par Sean Müller de l'Université de Berne.

Délégations en visite

La CdC reçoit chaque année des délégations suisses et étrangères qui s'intéressent au fédéralisme, au système politique helvétique ou à la péréquation financière. Ont été accueillies en 2016 à la Maison des cantons :

Date	Délégation / pays
23.02.2016	Programme « Youth Generation will change Ukraine »
29.02.2016	Commissaire aux langues officielles du Canada
08.03.2016	Collaborateurs de l'administration du canton de Neuchâtel
14.03.2016	Birmanie
15.03.2016	Prof. José Magone, Berlin
22.03.2016	Collaborateurs de l'administration du canton de Fribourg
11.05.2016	Frontier Counties Development Council, Kenya
12.05.2016	Voyage d'études du Parlement de la Communauté germanophone de Belgique
17.05.2016	Éthiopie
01.06.2016	Somalie
22.06.2016	M. Darawshe, Israël
22.06.2016	Cambodge
07.07.2016	Cuba
12.07.2016	Gouverneur Schützenhöfer et délégation autrichienne
12.09.2016	Groupe PS du Grand Conseil zurichois
22.11.2016	Ukraine
14.12.2016	Éthiopie

Rapport financier sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Présenté à l'Assemblée plénière du 16 décembre, le rapport financier 2015 a été transmis ensuite à toutes les conférences des directeurs.

2.2.2 *Politique extérieure*

Politique européenne

Comme les années précédentes, les groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux réunions des comités mixtes dédiées aux dossiers libre circulation des personnes, marchés publics et transports terrestres et aérien. Par ailleurs, l'organisation d'accompagnement de la CdC a poursuivi ses tâches d'observation et d'analyse des développements des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE.

Enfin, le Secrétariat a continué à participer aux négociations d'un accord cadre institutionnel menées avec l'UE.

AELE (Forum régional compris)

Le groupe de travail Services appuie le Conseil fédéral dans ses efforts pour conclure des accords de libre-échange et actualiser et développer les accords déjà conclus avec des pays tiers hors UE, que ce soit avec chaque pays concerné ou dans le cadre de l'AELE.

En référence à la recommandation de l'observateur politique des cantons au sein du Forum régional AELE, le Bureau du 26 août a décidé de reconduire ce mandat.

OMC/AGCS

Le Secrétariat CdC a observé les avancées des négociations en cours à l'OMC. Une attention particulière a été accordée aux discussions sur un nouvel accord plurilatéral sur le commerce de services (ACS/TISA).

Organisation d'accompagnement Schengen / Dublin

L'organisation d'accompagnement intercantonale Schengen/Dublin (OASD) de la CdC, qui compte des représentants politiques et des experts, a participé avec des représentants de la Confédération aux réunions des comités mixtes et des groupes de travail de l'UE dédiés à Schengen/Dublin. Les discussions ont porté sur les flux migratoires et les actes de terrorisme qui frappent l'Europe depuis 2015.

Schengen / Dublin : protection des données

Le groupe de travail CdC Protection des données a suivi l'élaboration du paquet législatif de l'UE relatif à la protection des données. Les membres du groupe de travail ont participé à de nombreuses réunions à Bruxelles, ayant trait notamment à la directive concernée par Schengen. Une fois le paquet législatif avalisé par l'UE et la consultation lancée par la Confédération sur les adaptations de la législation suisse, le groupe de travail a élaboré, à l'intention des services cantonaux concernés, un rapport qui indique les modifications à entreprendre dans les législations cantonales.

CPLRE : Renouvellement de la délégation cantonale pour la période 2016–2020

2016 a vu le renouvellement de la délégation cantonale au Congrès des pouvoirs locaux et régionaux du Conseil de l'Europe pour la période 2016–2020 ; les noms des délégués ont été communiqués au Conseil fédéral à l'intention du Conseil de l'Europe.

Lutte contre la corruption

Le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) a demandé aux cantons d'établir un rapport dans le cadre de la phase 4 du suivi des pays de la Convention OCDE sur la lutte contre la corruption d'agents publics étrangers dans les transactions commerciales internationales.

Le Secrétariat CdC a remis le questionnaire aux gouvernements cantonaux qui avaient jusqu'au 17 février 2017 pour y répondre.

Questions relatives aux droits de l'homme

En 2016, le Secrétariat CdC a coordonné une première consultation à l'échelon technique auprès des conférences des directeurs concernées au sujet du projet de rapport du Conseil fédéral dans le cadre de l'examen universel de la situation des droits de l'homme en Suisse (EPU).

Le Secrétariat et la Confédération ont maintenu leurs efforts de coordination des procédures d'élaboration des rapports étatiques dans le domaine des droits de l'homme.

Le 29 juin, le Conseil fédéral a décidé de mettre en place une institution nationale des droits humains (INDH). Le Conseil fédéral a par ailleurs chargé le Département fédéral de justice et police (DFJP) et le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) d'élaborer, jusqu'à fin juin 2017, le projet afférent en vue de la procédure de consultation. Dans le cadre des travaux liminaires, le Secrétariat a été consulté informellement par le DFJP sur le concept d'acte normatif, qu'il a approuvé, estimant qu'il tient compte des principales revendications des cantons.

2.2.3 Politique intérieure

Programme de législature 2015–2019 de la Confédération

Les gouvernements cantonaux participent aux programmes de législature de la Confédération par l'intermédiaire de la CdC. En 2015 déjà, la CdC avait pris position sur les directives stratégiques du Conseil fédéral et fait part de ses attentes sur les grands axes et mesures (législatifs) prioritaires. Au printemps, le Conseil fédéral a adopté le message relatif au programme de législature 2015-2019 et demandé à l'Assemblée fédérale de l'approuver par arrêté fédéral simple. Outre les perspectives 2030 et l'analyse de situation, le programme de législature comprend 3 axes politiques, avec 16 objectifs subordonnés et les actes et mesures prévus pour chacun d'eux, donc 60 projets au total. Le programme est assorti d'un plan financier.

Les commissions spéciales du Conseil national et du Conseil des États chargées de procéder à l'examen préalable ont consulté une délégation de la CdC, respectivement le 16 février et le 13 mai. Les débats parlementaires ont été positifs du point de vue du fédéralisme. Lors de la conférence de conciliation, le Conseil des États s'est imposé, montrant de l'intérêt pour la position des cantons, dont il a tenu compte dans ses décisions.

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

La CdC et la Confédération ont concrétisé les mesures proposées et préparé leur mise en œuvre sur la base du rapport du 13 février 2012 élaboré par le groupe de travail commun Confédération-cantons. Il a largement été tenu compte, dans la révision de la loi sur la consultation, des recommandations à destination de la Confédération contenues dans le rapport. Les nouvelles dispositions de la loi fédérale et de l'ordonnance fédérale sur la consultation, entrées en vigueur le 1^{er} avril 2016, renforcent la position des cantons dans le cadre des procédures de consultation.

La révision de la loi sur la consultation a permis d'ajouter un article 15a à l'ordonnance du Conseil fédéral sur l'organisation du gouvernement et de l'administration, qui oblige l'administration fédérale, pour les questions relatives à la mise en œuvre, à associer les cantons à l'élaboration d'avant-projets quand leurs intérêts essentiels sont touchés.

En association avec l'Office fédéral de la justice, la CdC a élaboré le document de travail « Mise en œuvre coordonnée du droit fédéral », approuvé le 11 mars par l'Assemblée plénière CdC et par le Conseil fédéral lors du Dialogue confédéral Confédération-cantons. Ce texte entend institutionnaliser la collaboration en amont entre la Confédération et les cantons sur les questions de mise en œuvre (date d'entrée en vigueur, interprétation, modalités d'application, etc.).

Procédure intercantonale de règlement des différends (CIC)

En 2016, le canton de Saint-Gall a adressé à la CdC une demande de règlements des différends concernant la Convention intercantonale relative aux institutions sociales (CIIS), dont la procédure est détaillée dans l'Accord-cadre pour la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges (ACI) du 24 juin 2005. Il s'agissait de déterminer quel canton (Schwyz ou Saint-Gall) avait à subvenir aux frais de séjour d'une jeune femme en institution sociale. Lors de la consultation orale devant la CIC du 13 décembre 2016, les parties sont tombées d'accord, ce qui a permis de trouver une issue favorable à la procédure, à mettre au compte du règlement des différends et du fédéralisme. Cela montre que les cantons entendent mettre du leur pour que la collaboration fonctionne et qu'ils adhèrent aux conventions intercantionales.

Projet de territoire Suisse

Le processus d'approbation à tous les niveaux de l'État a abouti à la publication du Projet de territoire Suisse à la fin 2012. Le projet prévoit que des travaux de suivi seront entrepris par les trois échelons institutionnels. La réalisation du Projet de territoire Suisse sera évaluée et adaptée après cinq ans. Afin d'observer l'évolution de la situation, une équipe tripartite a été instituée ; elle se compose des secrétariats des organismes concernés. La responsabilité en incombe à l'Office fédéral du développement territorial (ARE). L'équipe tripartite s'est réunie à deux reprises en 2016. Elle a concentré ses activités sur les préparatifs conceptuels du reporting sur le Projet de territoire Suisse qui aura lieu en 2017.

Cyberadministration Suisse

La Confédération, les cantons, les villes et les communes ont adopté la nouvelle stratégie de cyberadministration et une version revue et augmentée de la convention-cadre de droit public sur la cyberadministration, donnant ainsi une nouvelle orientation à leur collaboration. À partir de 2016, les efforts nationaux portent sur un nombre restreint de projets et de tâches stratégiquement importants. Ils sont financés à parts égales par la Confédération et les cantons. Il en va désormais de même pour la direction opérationnelle Cyberadministration Suisse.

Le comité de pilotage tripartite a approuvé en janvier 2016 le premier Plan stratégique 2017–2019. Ses mesures se concentrent sur les infrastructures de base permettant une meilleure diffusion de la cyberadministration en Suisse. En octobre, le comité de pilotage a pris acte de l'avancement de la mise en œuvre de la stratégie et adopté le Plan stratégique 2017–2019. Une attention particulière a été accordée au vote électronique. En outre, le comité de pilotage a décidé d'encourager la coordination et la gestion des connaissances dans le domaine juridique.

Mesures de prévention de la radicalisation

Le 4 juillet 2016, le Réseau national de sécurité (RNS) a publié le rapport « Mesures de prévention de la radicalisation » dont l'élaboration avait été confiée par le Groupe sécurité de la Confédération et suivie par un groupe technique au sein duquel la CdC était représentée. Le 26 août, le Bureau a estimé que le rapport dressait un bon état des lieux. L'approche intégrale, qui préconise une mise en réseau des acteurs de la prévention, va dans le bon sens elle aussi. Les mesures préconisées pour le domaine de l'intégration sont en phase avec les efforts déployés par les cantons dans le cadre des programmes d'intégration cantonaux (PIC). Le 8 septembre, le RNS a décidé d'élaborer sur la base de ce rapport, jusqu'en 2017, un plan d'action national de prévention et de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent. Il est prévu de consulter la Conférence des délégués à l'intégration (CDI) pour les mesures touchant l'intégration.

Concordat intercantonal sur une assurance obligatoire contre les risques de tremblement de terre

Par courrier du 29 janvier 2016, le président de la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil des États (CEATE-E) a demandé à la CdC de consulter les cantons sur l'éventualité d'un concordat en matière d'assurance obligatoire contre les risques de tremblement de terre.

L'Assemblée plénière a pris acte des résultats le 24 juin. Il est ressorti qu'une majorité d'entre eux approuvent la mise en place d'une assurance obligatoire. De plus, une majorité de cantons plébiscite sur le principe la création d'une assurance obligatoire dans le cadre d'un concordat.

Le président de la CEATE-E et la Conférence des responsables cantonaux des affaires militaires, de la protection de la population et de la protection civile CG MPS, responsable du projet, ont été informés par la CdC de l'issue de la consultation.

En fin d'année, la CG MPS a décidé d'étudier la question de la réalisation d'un tel concordat et d'instaurer un groupe de travail. Le Secrétariat CdC participe aux travaux.

Groupe d'étude Système de l'obligation de servir

Au printemps 2014, le chef du DDPS a instauré le Groupe d'étude Système de l'obligation de servir. Les cantons y ont délégué des représentants des conférences gouvernementales et spécialisées impliquées dans le Réseau national de sécurité, dont la CdC. Les travaux, qui ont pris fin au printemps 2016, ont permis d'établir une vue d'ensemble du système de l'obligation de servir. Le groupe d'étude ne voit pas la nécessité pour l'heure de modifier le système de fond en comble, mais il recommande d'examiner comment rendre le service militaire plus attrayant et d'accroître le nombre de personnes affectées à la prévention des catastrophes naturelles. Le groupe d'étude estime que le modèle norvégien pourrait servir de référence. Le modèle, axé sur les besoins et la participation des femmes, constitue une option réaliste en termes de sécurité politique, d'institutions, de société et d'économicité. Le Conseil fédéral a transmis les mesures préconisées aux départements concernés, qui les examineront de près.

Rapport « Stratégie démographique de la Confédération »

Le Conseil fédéral a adopté le 9 décembre 2016 le rapport « Changement démographique en Suisse : champs d'action au niveau fédéral » (rapport du Conseil fédéral en exécution du postulat Schneider-Schneiter 13.3697 « Synthèse sur la stratégie démographique »). La Chancellerie fédérale avait mené au préalable une consultation informelle sur le projet auprès de la CdC, de l'UVS et de l'ACS. Après l'avoir mis en consultation auprès des conférences des directeurs concernées, le Secrétariat CdC a répondu à l'échelon technique par courrier du 3 octobre 2016.

Les cantons estiment que le rapport donne un bon aperçu des multiples répercussions qu'aura le changement démographique, notamment sur les caisses publiques de tous les niveaux institutionnels. Les cantons et les communes seront plus fortement touchés que la Confédération, compte tenu de l'évolution des coûts dans les secteurs santé et soins et de la pression constante sur les dépenses dans la formation. Dans sa prise de position, le Secrétariat déplore que cet aspect ne soit pas suffisamment pris en compte dans le projet. Il partage l'estimation formulée dans le rapport, selon laquelle on peut se passer d'une stratégie démographique nationale de grande envergure.

2.2.4 Mandats

Secrétariat de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

En vertu de la Convention relative à la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) et du contrat de prestations qui lie les secrétariats des membres CTA, la CdC gère le Secrétariat CTA. Ses travaux ont porté en 2016 sur les préparatifs et le suivi des séances CTA des 1^{er} juillet et 18 novembre et des séances du Groupe de travail technique (GTT) des 27 avril et 21 septembre. Le Secrétariat a accompagné les projets CTA en cours. Il a fourni une assistance technique et administrative à chacune des directions de projet tripartites et a assuré la coordination avec les mandataires externes. Voici les principales priorités de travail :

Poursuite de la collaboration tripartite à partir de 2017

Les travaux ont permis de poser les jalons de la collaboration tripartite, qui associera à partir de 2017 l'espace rural et les régions de montagne. Lorsqu'elle a révisé sa convention, la CTA s'était fixé plusieurs objectifs, parmi lesquels celui de démontrer comment associer les espaces ruraux à la collaboration tripartite. Ce point a été inscrit dans le programme de travail CTA 2012–2015. Il s'en est suivi de nombreuses activités de projet tripartites ainsi qu'une consultation des membres CTA et des milieux intéressés sur le rapport final de la direction de projet tripartite mise en place pour l'occasion. Fin 2015, une rencontre politique, présidée par le président CTA et à laquelle ont participé la chancelière fédérale,

les présidents CdC, UVS et ACS, a permis de s'entendre sur l'aspect institutionnel et sur l'orientation thématique de la conférence.

Au terme des travaux accomplis à l'échelon technique et d'un nouveau processus de consultation, la CTA a adopté, le 18 novembre, les bases définitives à l'intention de ses membres. La Convention entre la Confédération, les cantons, les villes et les communes sur la Conférence tripartite (CT) est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2017 et remplace la Convention de la CTA du 30 décembre 2011.

Vue d'ensemble de la collaboration telle qu'elle est vécue aujourd'hui dans les agglomérations

Ces dernières années, les agglomérations ont considérablement intensifié leur collaboration. La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) a donc décidé de procéder à un état des lieux, afin que les décideurs et les praticiens, tous échelons confondus, puissent tirer parti des expériences réalisées dans les agglomérations. L'étude du bureau ECOPLAN intitulée « Collaboration dans les agglomérations : bilan et perspectives » donne une vue d'ensemble de la collaboration dans les agglomérations. Sur cette base, la CTA du 1^{er} juillet a pu brosser un bilan intermédiaire de l'état de la collaboration dans les agglomérations. Elle a adopté une appréciation politique de l'étude, assortie de recommandations, à l'intention de la Confédération, des cantons, des villes et des communes. Le 30 novembre, la CTA a organisé une séance d'information qui a permis à un public spécialisé d'échanger sur le sujet.

Politique des étrangers et de l'intégration

Les travaux ont porté sur le Dialogue Intégration CTA, qui se développe autour de trois axes.

Le Dialogue « Au travail – donner sa chance, saisir sa chance » s'est clos le 3 novembre 2016 sur un bilan globalement positif. La plupart des objectifs ont été réalisés. Les partenaires se sont par ailleurs félicités de l'intensification de la coopération entre acteurs publics et privés, et plébiscitent d'une même voix la poursuite et l'étoffement de la collaboration aux plans communaux et régionaux. La CTA du 18 novembre a recommandé à ses membres de tenir compte des enseignements et conclusions du dialogue « Au travail » lors de la conception et de la mise en œuvre des mesures et des programmes d'intégration.

Le Dialogue « Dès la naissance - Entrer dans la vie en bonne santé » a bien progressé. En 2016, il a fallu transposer aux échelons cantonaux et communaux les réflexions menées au niveau national. Des lignes directrices à l'intention des délégués communaux et cantonaux à l'intégration ont servi à sensibiliser les acteurs des domaines social et santé. L'Assemblée de la Conférence des délégués à l'intégration du 17 novembre a montré aux délégués quel parti ils peuvent tirer du Dialogue « Dès la naissance » pour la 2^e génération de programmes d'intégration (PIC). Par ailleurs, les travaux de préparation de la réunion de bilan du 4 mai 2017 ont bien progressé ; la réunion est organisée avec le Réseau d'accueil extrafamilial.

Le coup d'envoi du troisième Dialogue « Au quotidien : Parler ensemble, agir ensemble » a eu lieu lors de la conférence de presse du 8 septembre, où ont été présentés le programme « contact-citoyenneté » et le projet « Dialogue en Route ». La CTA entend souligner l'importance du bénévolat et montrer que s'intégrer ne rime pas seulement avec apprendre une langue et avoir un emploi.

Autre temps fort, la préparation de la 3^e Conférence nationale sur l'intégration, qui aura lieu le 19 juin 2017 à Berne. Elle permettra de tirer un bilan des travaux des trois axes du dialogue pour procéder à un état des lieux politique et poser les prochains jalons.

Secrétariat de la Conférence suisse des délégués à l'intégration (CDI)

Depuis 2006, le Secrétariat de la CdC gère sur mandat le secrétariat de la Conférence suisse des délégués cantonaux, régionaux et communaux à l'intégration (CDI). Le Secrétariat a assuré en amont et en aval l'organisation de deux Assemblées CDI nationales, de trois séances du comité et d'une journée d'études du comité. Il a également participé à 12 réunions de groupes régionaux, qui ont permis de faire circuler l'information entre les différentes régions du pays. Le Secrétariat a aussi participé à différents séminaires et rencontres organisés par des organisations partenaires de la CDI.

En 2016, les discussions ont porté principalement sur les dossiers insertion professionnelle, prévention de la radicalisation, engagement bénévole dans le domaine de l'intégration et travaux préparatoires en vue de la deuxième génération de programmes d'intégration cantonaux (2018-2021). À noter, le relevé effectué par la CdC, la CDAS et la CDIP

concernant les coûts de l'intégration, auxquels les délégués à l'intégration ont apporté leur soutien technique, au moment du sondage et lors de l'évaluation. La CDI a aussi traité la thématique migration et santé et adressé un courrier à l'OFSP, ainsi que la nouvelle loi sur la nationalité, qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2018.

03

3 Comptes

Il s'agit d'une présentation succincte. Le rapport de révision a examiné les comptes dans leur intégralité.

Comptes 2016

	Comptes 2016	Budget 2016	Comptes 2015
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CTA Confédération et communes	244'064.10	320'000	310'628.75
Autres produits	10'919.26	8'000	11'890.82
Total produits	3'550'983.36	3'624'000	3'618'519.57
Personnel	2'698'337.22	2'906'000	2'773'606.51
Charges d'exploitation	371'377.96	423'000	369'718.98
Groupes de travail / Projets	327'422.53	225'000	332'457.75
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	34'064.13	150'000	140'628.75
Total charges	3'431'201.84	3'704'000	3'616'411.99
Excédent de produits	119'781.52	0	2'107.58
Excédent de charges	0	80'000	0
Créance des cantons 31.12.2016	1'297'987.68		

Affichant des charges de CHF 3'431'201.84 (contributions des cantons CHF 3'296'000.00), les comptes 2016 de la CdC bouclent sur un excédent de produits de CHF 119'781.52. Ce montant est porté au crédit des cantons, conformément à la clé de financement. La créance des cantons s'élève donc à CHF 1'297'987.68.

Le Contrôle des finances du canton de Soleure a assuré la révision des comptes annuels le 12 avril 2017. Le rapport de l'organe de révision figure à l'annexe 5.

Clé de financement 2016 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

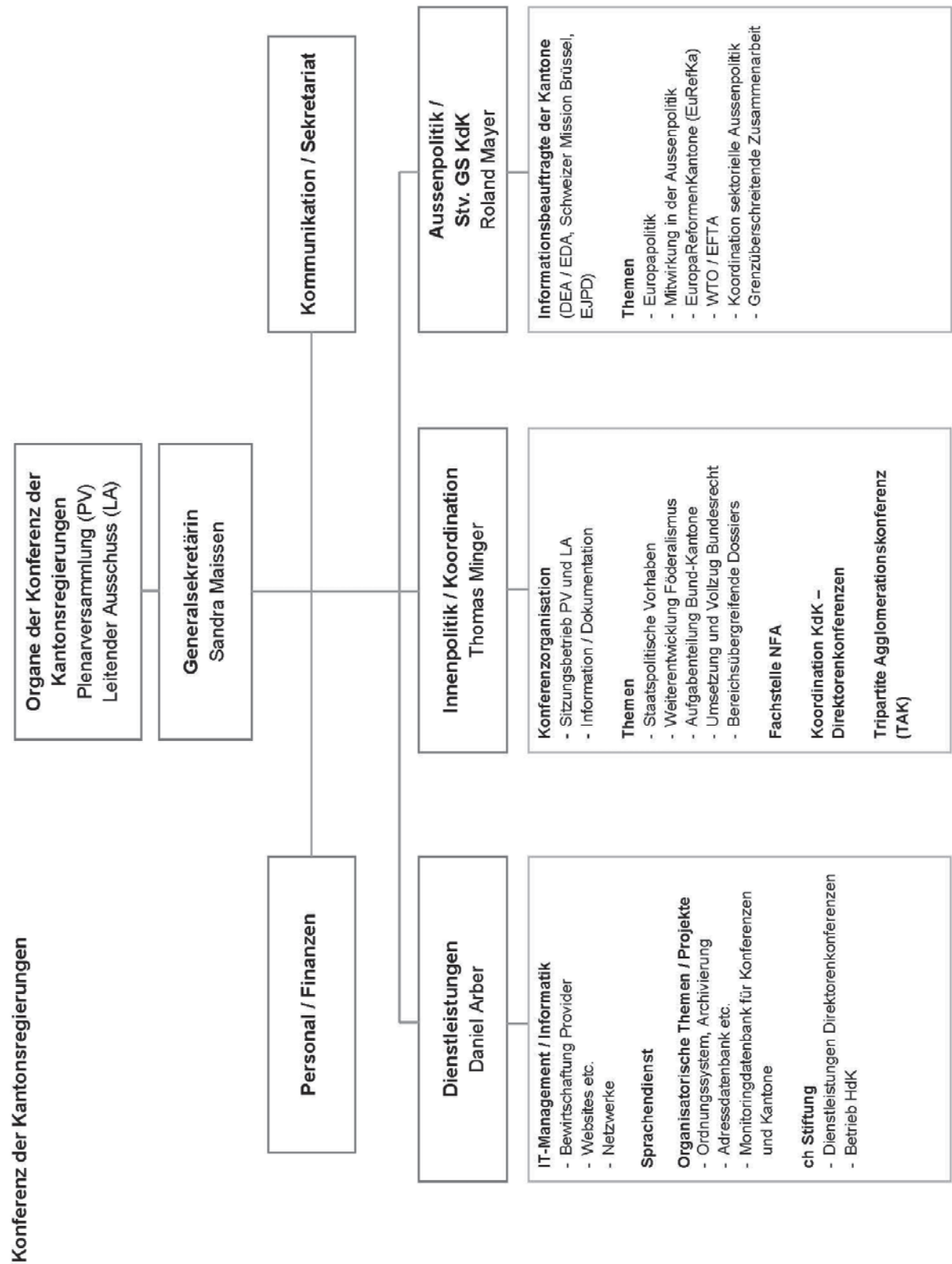
Canton	Population résidente moyenne 2013	Clé 2013	Contributions cantonales 2016
Aargau	631'851.0	7.81%	257'447
Appenzell AR	53'564.5	0.66%	21'825
Appenzell IR	15'747.5	0.19%	6'416
Baselland	277'596.5	3.43%	113'107
Baselstadt	188'380.0	2.33%	76'755
Bern / Berne	996'949.0	12.32%	406'206
Fribourg / Freiburg	294'508.5	3.64%	119'997
Genève	466'267.0	5.76%	189'980
Glarus	39'481.0	0.49%	16'087
Graubünden / Grischun / Grigioni	194'439.5	2.40%	79'224
Jura	71'340.0	0.88%	29'067
Luzern	388'215.5	4.80%	158'178
Neuchâtel	175'478.0	2.17%	71'498
Nidwalden	41'736.0	0.52%	17'005
Obwalden	36'311.0	0.45%	14'795
St. Gallen	489'379.5	6.05%	199'397
Schaffhausen	78'369.0	0.97%	31'931
Schwyz	150'613.0	1.86%	61'367
Solothurn	260'360.0	3.22%	106'084
Thurgau	258'245.5	3.19%	105'222
Ticino	344'095.5	4.25%	140'202
Uri	35'779.0	0.44%	14'578
Valais / Wallis	324'371.5	4.01%	132'165
Vaud	741'864.5	9.17%	302'272
Zug	117'346.5	1.45%	47'813
Zürich	1'417'056.5	17.52%	577'379
			3
Total	8'089'345.5	100.00%	3'296'000

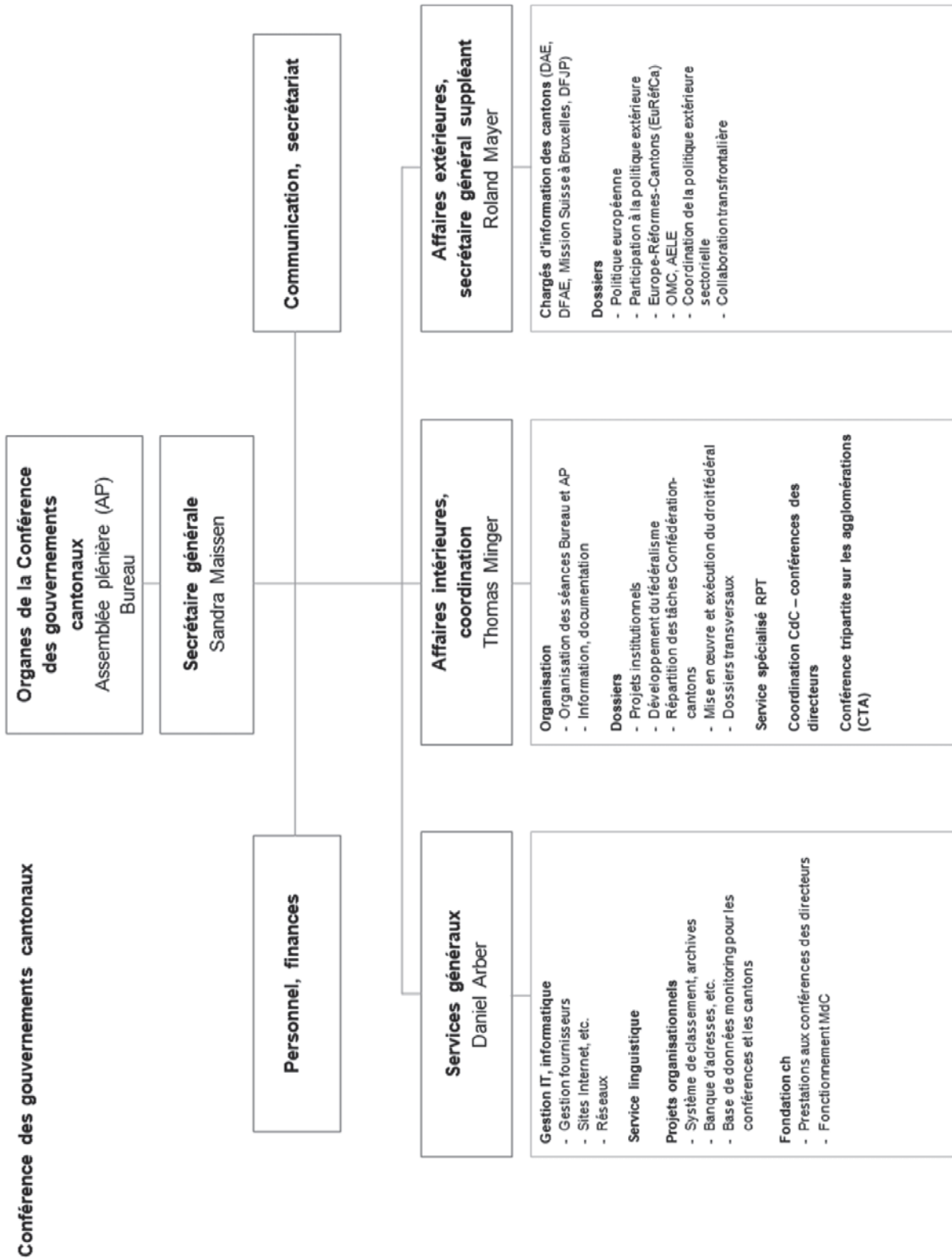
Nombre d'habitant-e-s selon population (Office fédéral de la statistique)

Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2016)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2016)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2016)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2016)
Anhang 4	Sitzungsdaten
Annexe 4	Dates de séance
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1: Organigramm KdK





Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2016)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2016)

Politische Kommissionen / Commissions politiques

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz /

Présidence : Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

Mitglieder /

Membres : Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Erwin Jutzet, conseiller d'État, Direction de la sécurité et de la justice, FR
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Guy Morin, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS
Christian Rathgeb, Regierungspräsident, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, GR
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg
Markus Notter, alt Regierungsrat, ZH
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Sekretariat /

Secrétariat : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
[vakant / vacant]

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

Présidence : François Longchamp, Président du Conseil d'État, Département présidentiel, GE

Mitglieder /

Membres : Andrea Bettiga, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, GL
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
Fredy Fässler, Regierungsrat, Sicherheits- und Justizdepartement, SG
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Mario Fehr, Regierungspräsident, Sicherheitsdirektion, ZH
Susanne Hochuli, Landammann, Departement Gesundheit und Soziales, AG
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Pierre Maudet, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Isaac Reber, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, BL
Paul Signer, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR

Beatrice Simon, Regierungspräsidentin, Finanzdirektion, BE
Silvia Steiner, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG
Carmen Walker Späh, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Sekretariat /

Secrétariat : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Kantonale Delegation der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Délégation cantonale de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Vorsitz /

Présidence : Guy Morin, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Laurent Favre** conseiller d'État, Département du développement territorial et de l'environnement, NE
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Marie Garnier, présidente du Conseil d'État, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, FR
Norman Gobbi, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Jon Domenic Parolini, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR
Stefan Sutter, Regierungsrat, Bau- und Umweltdepartement, AI
Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin, Direktion des Innern, ZG

Sekretariat /

Secrétariat : Thomas Minger, Leiter Bereich Innenpolitik, KdK

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz /

Présidence : Claudius Graf-Schelling, alt Regierungsrat, TG

Mitglieder /

Membres : **Beat Husi**, Staatsschreiber, ZH
Claude Lässer, alt Staatsrat, FR
Philippe Receveur, alt Regierungsrat, JU
Wilhelm Schnyder, alt Staatsrat, VS
Markus Züst, Regierungsrat, UR

Sekretariat /

Secrétariat : Christian Gobat, Beauftragter NFA, KdK

Politische Arbeitsgruppe der Kantone „Finanzausgleich“

Groupe de travail politique des cantons « péréquation financière »

Vorsitz /

Présidence : Franz Marty, alt Regierungsrat, SZ

Mitglieder /

Membres : Serge Dal Busco, conseiller d'État, Département des finances, GE
Barbara Janom Steiner, Regierungsrätin, Departement für Finanzen und Gemeinden, GR
Köbi Frei, Regierungsrat, Departement Finanzen, AR
Ernst Stocker, Regierungsrat, Finanzdirektion, ZH
Heinz Tännler, Landammann, Finanzdirektion, ZG
Maurice Tornay, conseiller d'État, Département des finances et des institutions, VS

Sekretariat /

Secrétariat : Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Thomas Minger, Leiter Bereich Innenpolitik, KdK
Peter Mischler, stv. Generalsekretär, FDK
Christian Gobat, Beauftragter NFA, KdK

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:
<http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>.

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse :
<http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>.

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Susanne Hochuli**, Landammann, Departement Gesundheit und Soziales, AG

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Carmen Walker Späh**, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Brutschin Christoph**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Beatrice Simon**, Regierungspräsidentin, Finanzdirektion, BE

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Horizontale Arbeitsgruppe Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail horizontal (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Hans-Jürg Käser**, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
 Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG, stv. Vorsitzender

Arbeitsgruppe Polizeizusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération policière (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Beat Villiger**, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG

Arbeitsgruppe Migration und Asyl der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Migration et asile (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Philippe Leuba**, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

Arbeitsgruppe justizielle Zusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération judiciaire (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Paul Signer**, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR

Arbeitsgruppe Grenze der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Frontières (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Fredy Fässler**, Regierungsrat, Sicherheits- und Justizdepartement, SG

Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Protection des données (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Christoph Neuhaus**, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz /
Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique (actuellement suspendu)

Vorsitz /
Présidence : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /
Présidence : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Innenpolitik; Koordination / Politique intérieure ; coordination

Interkantonaler Stab „Zuwanderung, Migration und Integration“ (ZMI)
État-major intercantonal Immigration, migration et intégration (ZMI)

Vorsitz /
Présidence : Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht
Groupe de travail « Mise en œuvre du droit fédéral »

Vorsitz /
Présidence : Christian Schuhmacher, Leiter Rechtsabteilung, Gesundheitsdirektion, ZH

Ansprechpersonen der kantonalen TAK-Delegation
Personnes de contact pour la délégation cantonale CTA

Vorsitz /
Présidence : Markus Ritter, stv. Generalsekretär, Präsidialdepartement, BS

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)
Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz /

Présidence : **Roger Bisig**, Sekretär, Landwirtschaftsdirektorenkonferenz

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)

Organe directeur Maison des cantons (OD MdC)

Vorsitz /

Présidence : **Christa Hostettler**, Generalsekretärin, Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz / Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2016)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2016)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/delegationen>.

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/delegations>.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

KdK-Delegation /

Délégation CdC:

Eray David, Ministre, Département de l'environnement, JU
Fehr Jacqueline, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Garnier Marie, présidente du Conseil d'État, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, FR
Hanselmann Heidi, Regierungsrätin, Gesundheitsdepartement, SG
Leuba Philippe, Conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD
Z'Graggen Heidi, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz

Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz /

présidence: Ueli Maurer, Bundesrat, Eidgenössisches Finanzdepartement

KdK-Delegation /

Délégation CdC:

Rainer Gonzenbacher, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG
Pierre Maudet, Conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)

Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz /

Présidence : **Stéphane Rossini**, ancien Conseiller national, VS

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Peter Gomm**, Regierungsrat, Departement des Innern, SO

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)

Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz /

Présidence : **Hermann Bürgi**, alt Ständerat/Regierungsrat, Rechtsanwalt, TG

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Erwin Jutzet**, Conseiller d'État, Direction de la sécurité et de la justice, FR

Anhang 4: Sitzungsdaten

Annexe 4 : Dates de séance

Sitzungen der Organe der KdK

Séances des organes de la CdC

05.02.2016	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
11.03.2016	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
15.04.2016	Ausserordentliche Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière extraordinaire</i>
20.05.2016	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
24.06.2016	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
26.08.2016	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
30.09.2016	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
11.11.2016	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
16.12.2016	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

Medienkonferenzen

Conférences de presse

22.03.2016	Milchkuh-Initiative (Medienkonferenz Bund – Kantone) / <i>Initiative « vache-à-lait » (conférence de presse Confédération – cantons)</i>
11.04.2016	Milchkuh-Initiative (Medienkonferenz KdK, FDK, EDK, BPUK) / <i>Initiative « vache-à-lait » (conférence de presse) CdC, CDF, CDIP, DTAP)</i>
25.08.2016	Umsetzung Art. 121a BV - Bottom-up Schutzklausel zur Steuerung der Zuwanderung (Medienkonferenz KdK) / <i>Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. ; clause de sauvegarde bottom-up pour gérer l'immigration (conférence de presse CdC)</i>
08.09.2016	Integrationsdialog «Zusammenleben» (Medienkonferenz TAK) / <i>Dialogue « Au quotidien » (conférence de presse CTA)</i>
03.11.2016	Integrationsdialog «Arbeiten» (Medienkonferenz TAK) / <i>Dialogue « Travailler » (conférence de presse CTA)</i>

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Séances des commissions politiques et des groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

11.01.2016	Politische Arbeitsgruppe der Kantone «Finanzausgleich» / <i>Groupe de travail politique des cantons « péréquation financière »</i>
20.01.2016	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
28./29.01.2016	Präsidiumsklausur KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs</i>
01.02.2016	Arbeitsgruppe Datenschutz / <i>Groupe de travail Protection des données</i>
03.03.2016	Politische Arbeitsgruppe der Kantone «Finanzausgleich» / <i>Groupe de travail politique des cantons « péréquation financière »</i>

14.03.2016	Begleitorganisation Schengen/Dublin (BOSD) / <i>Organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin (OASD)</i>
15.03.2016	Jahresversammlung Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Assemblée annuelle de la commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
27.04.2016	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
28.04.2016	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
25.05.2016	Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
30.05.2016	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / <i>État-major Immigration, migration et intégration</i>
10.06.2016	Arbeitsgruppe Datenschutz / <i>Groupe de travail Protection des données</i>
01.07.2016	Kantonale TAK-Delegation / <i>Délégation CTA cantonale</i>
16.08.2016	Arbeitsgruppe Datenschutz / <i>Groupe de travail Protection des données</i>
24.08.2016	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
24.08.2016	Ausschuss Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Comité du groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
29.08.2016	Politische Arbeitsgruppe der Kantone «Finanzausgleich» / <i>Groupe de travail politique des cantons « péréquation financière »</i>
31.08.2016	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / <i>État-major Immigration, migration et intégration</i>
05.09.2016	Präsidiumssitzung KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Séance des présidents CdC – Conférences des directeurs</i>
26.10.2016	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
02.11.2016	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / <i>État-major Immigration, migration et intégration</i>
14.11.2016	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
18.11.2016	Kantonale TAK-Delegation / <i>Délégation CTA cantonale</i>
19.11.2016	Politische Arbeitsgruppe der Kantone «Finanzausgleich» / <i>Groupe de travail politique des cantons « péréquation financière »</i>
24.11.2016	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
05.12.2016	Ausschuss Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Comité du groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
13.12.2016	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone

Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

20.01.2016	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme KIP / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux PIC</i>
04.02.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
05.02.2016	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
23.02.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
07.03.2016	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
11.03.2016	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération – cantons</i>
11.04.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
04.05.2016	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme KIP / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux PIC</i>
31.05.2016	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme KIP / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux PIC</i>
06.06.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>

06.06.2016	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
05.07.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
09.08.2016	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme KIP / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux PIC</i>
24.08.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
16.09.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
19.09.2016	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
02.09.2016	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
24.10.2016	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme KIP / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux PIC</i>
11.11.2016	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération – cantons</i>
05.12.2016	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
09.12.2016	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
20.12.2016	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme KIP / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux PIC</i>

Sitzungen im Rahmen der Mandate

Séances en lien avec les mandats

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

19.01.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
27.04.2016	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
23.05.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
13.06.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
01.07.2016	Tripartite Agglomerationskonferenz / <i>Conférence tripartite sur les agglomérations</i>
17.08.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
29.08.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
19.09.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
21.09.2016	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
24.10.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
18.11.2016	Tripartite Agglomerationskonferenz / <i>Conférence tripartite sur les agglomérations</i>
30.11.2016	TAK-Informationsanlass Zusammenarbeit in Agglomerationen / <i>Information CTA sur la coopération dans les agglomérations</i>
19.12.2016	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

13.01.2016	Retraite KID-Vorstand / <i>Retraite Comité CDI</i>
28.01.2016	KID-Ost
23.02.2016	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
25.02.2016	KID-ZFI
03.03.2016	CDI Suisse latine
31.3/1.4.2016	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
18.05.2016	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
02.06.2016	CDI Suisse latine

02.06.2016	KID-Ost
22.06.2016	KID-ZFI
29.06.2016	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
06.09.2016	KID-ZFI
22.09.2016	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
29.09.2016	KID-Ost
06.10.2016	CDI Suisse latine
17.11.2016	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
24.11.2016	KID-ZFI

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 08
www.finanzkontrolle.so.ch

**Bericht des Rechnungsprüfers zur Revision der Jahresrechnung 2016
an die Plenarversammlung der
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)**

Als Rechnungsprüfer haben wir auftragsgemäss die Jahresrechnung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) für das am 31.12.2016 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

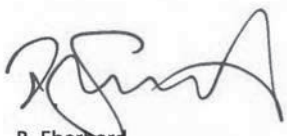
Unsere Revision erfolgte nach anerkannten Grundsätzen, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Unsere Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung 2016 nicht den für die Organisation geltenden Vorschriften entspricht.

Solothurn, 25. April 2017

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chef/in
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch